

Volksrecht

für Schlesien · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0,45 Reichsmark, monatlich 1,35 Reichsmark + 35 Pfennig. Trägerlohn = 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsfeste Postfachkonto: Breslau 5852. Bankkonto: Bank der Arbeiter.



12 Pf. Anzeigen unter mündlich- und Wohnungs- en für die nächste Nummer ge 4/6 oder in der Zweigstelle 217 39, Redaktion Nr. 217 39, a und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Einzelnummer 10 Pf.

44. Jahrgang

Freitag, den 13. Januar 1933

Nr. 11

Die Rebellion der nordbayerischen SA.

Kampf um das braune Haus in Nürnberg Vierfünftel der bayerischen SA. samt Führern gegen Julius Streicher

München, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Reichsleitung der Hitlerbewegung ist durch die Rebellion der SA. von ganz Nordbayern mit Einschluß ihrer Führer in so großer Verlegenheit, daß sie sich nach außen in vollkommenem Schweigen hüllt. Selbst dem „Völkischen Beobachter“ wurde nicht gestattet, eine schon längst vorbereitete Darstellung zu veröffentlichen, damit die mißtrauisch gewordene braune Soldateska kein Wort über den Aufbruch in Franken erfährt.

In Wirklichkeit stehen vier Fünftel der SA. der Gruppe Franken, in der die Untergruppen Mittelfranken, Oberfranken und Unterfranken zusammengefaßt sind, in offener Meuterei gegen den politischen Führer der Hitlerbewegung Nordbayerns, den Landtags- und Reichstagsabgeordneten Julius Streicher. Nur seine unmittelbare von ihm ausgehaltene Leibgarde, zwei Stürme in Nürnberg, sind ihm treu geblieben und halten das braune Haus der Hitlerbewegung in Nürnberg besetzt. Das Übergewicht über die rebellierenden Kameraden, die unter Leitung des SA.-Gruppenführers, Reichstagsabgeordneten Stegmann sich des Gebäudes bemächtigen wollten, gelang der Streichergarde nur mit Hilfe der Polizei, die auf Befehl des Hausbesitzers Streicher am Mittwoch und Donnerstag wiederholt eingegriffen hat.

Der Grund für die Rebellion gegen „die gewissen- und charakterlosen Wenzel der Gauleitung Mittelfranken“ — so heißt es wörtlich in einer Erklärung der SA.-Führer Franken — ist vor allem darin zu suchen, daß der Schwerverdienter Streicher seiner Verpflichtung, 40 Prozent der bei ihm einlaufenden Parteigelder an die fränkische SA.-Kasse abzuliefern, nicht nachgekommen ist. Außerdem werden gegen die Lebenshaltung Streichers und der ihm ergebenden Unterführung, Landtagsabgeordneten Holz-

Major a. D. Ranfobrand und Oberleutnant a. D. Jech, die schwersten moralischen Vorwürfe erhoben. Der Eingriff der Münchener SA.-Oberleitung zugunsten der Streicher-Elite wird von der rebellierenden SA. als eine unbillige Entscheidung angesehen, zumal er durch den Stellvertreter des beurlaubten Köhm erfolgt. Da von Köhm, der inzwischen seinen Dienst wieder angetreten haben soll, bekannt ist, daß sein Verhältnis zu Streicher nicht gerade sehr freundschaftlich ist, wagte die SA. nach Ablehnung Stegmanns eine Solidaritätserklärung, in der es heißt, daß sie in unverbrüchlicher Treue mit dem abgesetzten Gruppenführer den Kampf um Recht und Gerechtigkeit weiterführen werde.

Nazi-Bombenwurf aus Rache über die Enthüllungen Nürnberg, 13. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

In der Nacht zum Freitag wurde in das Schanzenhaus der Erlanger Filiale der „fränkischen Tagespost“ eine Brandbombe geworfen. Die Aktion erfolgte aus Rache gegen die Enthüllungen über die Meuterei in der fränkischen SA.

München, 12. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Der Naziwirtware in Nürnberg hat einstweilen damit geendet, daß außer der Ablehnung des SA.-Gruppenführers von Franken und einiger Unterführer der Untergruppe Mittelfranken insgesamt 162 SA.-Mitglieder, darunter acht Sturmführer, aus der Partei ausgeschlossen wurden.

In den abgesetzten Gruppenführer Stegmann hat der Ober-Djaj Hitler folgendes Telegramm gerichtet: „Da Sie trotz meiner Ihnen persönlich gemachten Verwarnung sich abermals in schwerster Weise gegen die Parteiinteressen vergangen haben, beehre ich mich nicht nur die vom Stabschef Köhm bereits ausgesprochene Enthebung von Ihrer Dienststellung, sondern erlaube Ihnen auch strafweise Ihren Dienst ab.“

Wieder Nazi-Bluttat in Berlin

Reichsbannermann überfallen und lebensgefährlich verletzt

In Berlin wurden am Donnerstagabend wieder zwei Reichsbannerleute von einer Nazihorde überfallen. Ein 15-jähriger Reichsbannermann wurde durch Messerstiche so schwer verletzt, daß er in lebensgefährlichem Zustand in das Urban-Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Die Täter sind auch diesmal unerkannt entkommen.

Warmbold über die Wirtschaftskrise

Er darf die Wahrheit nicht sagen, die Nazis wollen es nicht

Im Haushaltsauschuß des Reichstages sprach am Donnerstag Reichswirtschaftsminister Warmbold über die wirtschaftspolitische Lage. Seine Feststellung, die Weltwirtschaftskrise sei in erster Linie eine Folge des Krieges, veranlaßte den Nazi-Redner zu einem heftigen Angriff gegen den Minister, dem er vorwarf, sich mit einer „alten marxistischen Ausrede“ entschuldigen zu haben. Ueber die zukünftigen Aufgaben der Reichsregierung äußerte sich Warmbold nur kurz und in allgemeinen Redewendungen. Der Inhalt seiner Rede war vor allem bemerkenswert wegen des Gehalts, mit dem der Erörterung der aktuellen Wirtschaftstragen, die in der Regierung umstritten sind, aus dem Wege gegangen wurde.

Warmbold erörterte in längeren Ausführungen, die durch ein reichhaltiges Zahlenmaterial belegt waren, die Einzelursachen und den Stand der Krise. Allein in den Jahren 1927 bis 1931 seien mehr als 11 Milliarden Mark Auslandsgeld nach Deutschland geflossen. Obwohl sie kurzfristig geflossen wurden, seien sie langfristig angelegt worden. Daraus hätten sich die großen Rückzahlungsschwierigkeiten ergeben, als im Jahre 1930 durch das Hoover-Moratorium (?) für die Kriegsschulden die Kapitalisten die privaten Kredite als gefährdet ansehen. Seit Lausanne sei das Ende der Schrumpfung der Wirtschaft sichtbar. Es sei die Frage, ob der Ablauf der Krise durch öffentlichen Eingriff (Arbeitsbeschaffung usw.) beeinflusst werden könne und zu welchem Zeitpunkt das zu geschehen habe. Das Beispiel Amerikas zeige, daß dieser Eingriff nicht zu früh erfolgen dürfe, und erst dann einen Erfolg versprehe, wenn der Konjunkturabschwung beendet sei. Der Sinn der Steuergutschriften sei, dem Unternehmer die nötige Kreditdecksung in dem Augenblick zu geben, in dem sich die Wirtschaft erhole. Jede öffentliche Arbeitsbeschaffung dürfe nur in den Grenzen vorgenommen werden, die eine stabile Währung zulassen.

Abschließend sagte Warmbold: Der Weg, den die Welt und Deutschland zurückzulegen habe, um zu einer Besserung der Wirtschaftslage zu gelangen, sei weit. Er könne abgelehnt werden, wenn es gelingt, auf den Gebieten der Schuldregelung, des Warenverkehrs, der Zwangsbeschäftigung des Zahlungsverkehrs und der Stabilisierung der Währungen schnelle und wirksame Regelungen zu erzielen. Aber auch wenn es nicht gelingen sollte, diese Fragen vollständig und schnell zu bereinigen, so dürfe man mit einem allerdings langjammern Aufstieg rechnen.

Antwort auf die Unverschämtheiten des Landbundes

Reichsverband der deutschen Industrie gegen Reichslandbund Berlin, 12. Januar.

Der Reichsverband der deutschen Industrie erklärt: Der Reichsverband der deutschen Industrie nimmt mit großer Empörung von den unerhörten, auch die Ehre des Reichsverbandes verletzenden Angriffen in der gestrigen Entscheidung des Vorstandes des Reichslandbundes Kenntnis, in der von der „Ausföderung der Landwirtschaft zugunsten den allmächtigen Geldbesitzern der internationalen eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten“ gesprochen wird. Der Reichsverband lehnt es ab, mit den für diese Erklärung verantwortlichen Personen in eine sachliche Diskussion einzutreten. Er weist derartige wider besseres Wissen erhobene, vaterländische Interessen auf das schwerste gefährdende Beschimpfungen eines unentbehrlichen Teiles der deutschen Wirtschaft auf das schärfste zurück. Bei den in dieser empörenden Weise angegriffenen Industriezweigen handelt es sich gerade um diejenigen Industrien — namentlich auch in den Ostlandgebieten Sachsens, Thüringens, des Bergischen Landes und der Grenzgebiete — deren materielle und menschliche Not mindestens so groß ist wie in Teilen der Landwirtschaft. Der Leitung des Reichslandbundes sei gesagt, daß sie auf Grund behauptet, wenn sie glaubt, die Einheitsfront der deutschen Industrie durch eine derartige Forderung auch nur lockern zu können. Das Vorgehen des Reichslandbundes ist um so unverständlicher, als ihm bekannt ist, daß sich die Industrie in den letzten Monaten im Erkenntnis der Schicksalsverbundenheit der beiden Berufsstände erneut zu erfolgversprechender Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft bereit erklärt und gerade in den letzten Wochen und Tagen in gemeinsamer, persönlicher Fühlungnahme um praktische, auf das Gemeinwohl abzielende Lösungen bemüht hat. — Tatsachen, die mit der Reichsregierung verantwortungsbewusste Führer der Landwirtschaft bezeugen können.

Im Interesse des Volksgutes ist es nicht erträglich, daß die sachliche Arbeit verantwortlicher Männer durch eine heftigste Verhöhnung zur Unfruchtbarkeit verdammt wird.

Schwere Blamage Brachts

Bezirksauschuß hebt Auflösung einer Reichsbannerortsgruppe durch Bracht auf

Stettin, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die von dem Preußen-Kommissar Bracht im September v. J. verkündete Auflösung der pommerischen Ortsgruppe des Reichsbanners in Richtenberg ist vom Verwaltungsgericht des Bezirksauschusses als unzulässig bezeichnet und aufgehoben worden.

Der Grund der Auflösung waren einige Prügel, die Nazis als Entgelt für die Mißhandlung eines Republikaners von Reichsbannerleuten bezogen hatten. Der Landrat hatte den damaligen Einspruch gegen die Verfügung Brachts zurückgewiesen. Er teilt jetzt mit Herrn Bracht die Zurückweisung durch den Bezirksauschuß.

Die „soziale“ Naziregierung

Sie plant Lohnabbau für die Forstarbeiter

Schwerin, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Schweriner Naziregierung will einen zehnprozentigen Lohnabbau für die Forstarbeiter durchführen. Die sozialdemokratische Fraktion hat deshalb die sofortige Einberufung des Landtages beantragt.

Hitler besucht eine Jüdin

mit großer Gefolge und einem Straß vorer Rosen.

Als Hitler am Dienstagabend in Berlin weilte, zeigte er sich ausnahmsweise nicht in der Oper oder einem Variété. Er verbrachte den Abend in dem Hause des königlichen italienischen Reservemajors Renzetti, der in der Reichshauptstadt als „Vorstandender der italienischen Handelskammer“ besonders die Geschäfte des italienischen Originalsozialismus betreibt. Nach dem Betrat Deutsch-Südtirols durch die Hitlerpartei wäre Hitlers Besuch bei Renzetti nicht weiter auffällig. Nun ist aber die Dame des Hauses eine jüdische Jüdin, die Renzetti geheiratet hat, als er seinerzeit bei der italienischen Abstimmungs-Kommission in Ober-Schlesien war. Mit einem Strauß roter Rosen begrüßte der Oberst die jüdische Hausfrau. Mit Hitler waren

noch eine ganze Anzahl prominenter Nazis erschienen. Das bestätigt auch das Berliner Nazi-Blatt. Nur berichtet es nicht von den jüdischen Festteilnehmern, die ebenfalls in stattlicher Zahl anwesend waren.

Nazi-Regierungspräsident gegen Landbund

Der Nazi-Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin Franzow hat den Vorsitzenden des mecklenburgischen Landbundes, Dr. Wendhausen, aufgefordert, sein Amt als Vorsitzender niederzulegen, weil er die Politik des Papen-Kabinetts gebilligt habe. Falls der Landbund weiter von Dr. Wendhausen geführt werde, würden sämtliche Nationalsozialisten aus dem Landbund austreten und eine nationalsozialistische Bauernorganisation aufziehen. Der Landbundvorstand hat die Forderungen der Nationalsozialisten abgelehnt und sich eine Einmischung in seine internen Verhältnisse verboten. Wendhausen stand bis vor kurzer Zeit den Nationalsozialisten sehr nahe.

China gegen den Völkerbund

Schwere und berechtigte Vorwürfe wegen seiner Chinapolitik. In einer Erklärung des chinesischen Ministerpräsidenten, die durch die Genfer Abordnung veröffentlicht wird, werden dem Völkerbund wegen seiner passiven Haltung im Mandchurien-Konflikt in ungewöhnlich heftigem Ton schwere Vorwürfe gemacht. Der Völkerbund habe nicht nur sein eigenes Ansehen auf schwerste gefährdet, sondern durch seine passive Haltung die japanische Aggressionspolitik geradezu ermöglicht. Der japanische Angriff auf Schanghai am 2. Januar sei bewußt jetzt erfolgt, weil der Konferenz der Völkerbund am 18. Januar zusammentrete. China sei daher gezwungen, seine nationale Existenz und sein Gebiet bis zum äußersten zu verteidigen. Falls aber der Völkerbund auch jetzt noch keine energiegelben Maßnahmen gegen Japan ergreife, werde er sich zugleich für die Zukunft für unfähig erklären, einen realistischen Staat zur Bewahrung zu bringen.

So sehen die Nazi-Führer aus

Sensationelle Enthüllungen eines Si.-Oppositionsblattes über den bayerischen Naziführer Streicher

München, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

In Nürnberg hat sich eine starke nationalsozialistische Opposition gebildet, die den dortigen braunen Bonzen mit den schärfsten Mitteln öffentlich zu Leibe rückt. Der ehemalige SA-Führer Sauer gibt zu diesem Zweck eine eigene Wochenchrift mit dem Titel „Nazi-Spiegel“ heraus, von der bis jetzt drei Nummern erschienen sind, ohne daß das offizielle Nürnberger Nazibüro, „Der Stürmer“ es gewagt hat, gegen die schwer kompromittierenden Enthüllungen der Oppositionellen Stellung zu nehmen. Das fällt umso mehr auf, als verschiedenen Mitgliedern der Nürnberger Parteileitung auch kriminelle Verbrechen vorgeworfen werden.

Im Mittelpunkt der schweren Angriffe steht der auch außerhalb Bayerns berühmte Judenreißer Julius Streicher, Stadtrat in Nürnberg, bayerischer Landtagsabgeordneter und seit dem 7. November auch Mitglied des Reichstages. Ihn beschuldigt der „Nazi-Spiegel“ der wiederholten Anstiftung zum Betrug, des Betrugsverlaches, des Ehebruchs und der Verleitung zum Meineid. Streicher ist einer der Schmeißer unter den braunen Bonzen. Er bezieht neben den jährlich in die Zehntausende gehenden Agitationshonoraren aus der ihm persönlich gehörenden Zeitung noch staatsanwaltschaftliche Feststellung eine wöchentliche Reineinnahme von 2000 Mark. Dazu kommen ein Gehalt als Gauleiter, die Pension eines Volksschulhauptlehrers und die Diäten.

Sehr pitant ist auch eine Schilderung der „Nazi-Spiegel“, wonach sich der große Antisemit Streicher in einem Münchener Kabarett eine ganze Nacht hindurch mit einem jüdischen Ehepaar vergnügt, das die gemeinliche Jecher von rund 400 Mark bezahlt hat. Dabei soll er sich mit folgenden Worten eingeschmeichelt haben: „Die Juden sind nun einmal da, sie werden aus Deutschland niemals vertrieben werden können. Eigentlich ist der Judenkampf ein Schmarren, mit dem Volke kann man ja alles machen.“

Die SA Nürnbergs und von ganz Franken ist nach den weiteren Angaben des Blattes auf Streicher sehr schlecht zu sprechen. Bei einer sogenannten Amtswaltertagung in Ansbach ist dem großen Franken-

führer sogar der Zutritt verweigert worden. Auf einer später abgehaltenen Nazi-Mitgliederversammlung in Ansbach wurde Streicher von den wütenden SA-Leuten ausgepöffelt und mit Steinbomben vertrieben. Der Grund des Jermüßnisses wird darin gesehen, daß Streicher wiederholt Gelder, die der SA zustanden, nicht abgeführt hat.

In der neuen dritten Nummer des „Nazi-Spiegels“ beschwert sich der ehemals nationalsozialistische, jetzt parteilose Erlanger Stadtrat Hofjacht über die Behandlung, die ihm von der Streicher-Clique zuteil wurde. Weil er der Hitleridee den Rücken lehrte, widmete ihm Streicher in seinem Blatt „Der Stürmer“ einen Artikel mit der großen Ueberschrift: „Ein Lump im Stadtrat“. Trotzdem ließ er hinterherum mit dem Abtreibigen über seine eventuelle Rückkehr in den Nazipfad verhandeln. Diese Schurkerei veranlaßte Hofjacht zu der öffentlichen Feststellung, daß er mit der Nazibewegung nichts mehr zu tun haben wolle, aus dem einfachen Grunde, weil „ich mit Lumpen und Schuften nichts gemein habe und in solchen Kreisen grundsätzlich nicht verkehre“.

Sehr bitter beklagt sich ein Immobilienhändler von Nürnberg über die dortigen Parteigrößen. Er behauptet, von der Parteileitung bei der Vermittlung eines Hauses, um die vereinbarte Maklerprovision betrogen worden zu sein. Es handelt sich um ein Haus, das von der Nazi-Partei erworben und in ein Hitlerhaus umgewandelt wurde. Recht froh und die Parteibonzen dieses Besitzes aber nicht geworden. Das Objekt kostete 135 000 Mark und soll heute mit 250 000 Mark überschätzt sein. Die am Umbau beteiligten Geschäftleute warten immer noch auf ihr Geld. Der „Nazi-Spiegel“ überreicht diese Enthüllung: „Meineidschwindel ums Hitlerhaus“, weil ein Nazistadtrat auf Veranlassung Streichers einen Meineid darauf geschworen haben soll.

Hochinteressant ist schließlich noch eine Briefkastennote, in dem „Nazi-Spiegel“, die beklagt, daß die Inneneinrichtung des ersten Nürnberger Nazihotels, des „Pfälzer Hofes“, genannt „Haus der braunen Front“, von der jüdischen Nürnberger Firma Louis Danziger geliefert wurde.

Der „Nazi-Spiegel“ wiederholt in allen seinen drei Ausgaben, daß er für keine Behauptungen Belege habe. Außerdem verspricht er, mit seinen Enthüllungen fortzufahren.

beteiligen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion beantwortete diese Erklärung der Kommunisten in einem einmütigen Votum. Der nationalsozialistische Redner erklärte, ihm scheine, die Kommunisten hätten kein Interesse an der Aufklärung der Mordangelegenheit. Der sozialdemokratische Abgeordnete Edel hielt den Kommunisten vor, die Staatsanwaltschaft die Befehle zu erteilen, wenn sie sich darauf berufen könnte, daß die Mörder und ihre Begünstiger unter dem Schutz des sächsischen Parlaments ständen.

Es handle sich bei dem Verhalten der SPD. um ein Kapitel proletarischer Schande.

Das die sächsische Sozialdemokratie der Arbeiterschaft unterbreitet werde.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge beraten, die sich mit dem Fall Henrich und dem Verhalten der Behörden beschäftigten. Der Minister des Inneren Richter, verfuhr die beteiligten Beamten in Schutz zu nehmen. Er gab allerdings zu, daß einzelne Maßnahmen bei der Untersuchung beteiligten Kriminalbeamten sich als falsch erweisen hätten. Sie seien von der Auffassung beherrscht gewesen, daß Henrich möglicherweise wie andere seiner an einer strafbaren Handlung beteiligt gewesen Parteigenossen ins Ausland geschickt sei. Der sozialdemokratische, früher nationalsozialistische Abgeordnete Reichle führte u. a. aus, ihm scheine, daß die Behörden nicht nachsehen wollten, mit wem sie es bei den Nationalsozialisten zu tun haben. Er brachte reichhaltiges Beweismaterial für den in der Nazi-Partei herrschenden Mordgeist vor. Ihm sei z. B. bekannt, daß im April 1932 Maßnahmen getroffen gewesen wären, um in Dresden mehrere tausend SA- und SS-Leute zu einem Putsch zusammenzuführen. Man habe sich damals bemüht, Sazarette zu mieteren.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Weise und Wedel wandten sich in schärfster Weise gegen die nationalsozialistische Mordbegehung und gegen die Vertuschungsversuche der Nazis. Außerdem übten sie scharfe Kritik an dem Verhalten der sächsischen Polizeibehörde. U. a. legte Wedel einen ihm zugegangenen Bericht vor, aus dem hervorgeht, daß die Kriminalbeamten denen in dem Städtischen Tharandt bei Dresden der jetzt nach Italien geflüchtete Mörder Schenk entwichen war, es nicht einmündig gehalten hätten, die in Tharandt stationierten Gendarmen zu benachrichtigen, die ortsfundig war und deshalb am leichtesten den entflohenen Schenk hätte finden können. Erst drei Wochen nach der Flucht des Schenk hätte die Gendarmerie von Tharandt von der Flucht des Schenk erfahren.

Dresden, 13. Januar. (Eigener Funkbericht.)

Zu Sächsischen Landtag wurde in Dresden ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der eine energische Verfolgung des SA-Mannes Schenk fordert und in dem zugleich verlangt wird, daß auch die intellektuellen Urheber der Mordtat rückhaltlos zur Verantwortung gezogen werden. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge, in denen ein Vorgehen gegen die Beamten gefordert wird, die die Mörder durch ihre Haltung begünstigt haben, wurden von der bürgerlich-nationalsozialistischen Mehrheit abgelehnt.

Straker und Hitler

Haben sie eine Unterredung gehabt? — Straker bei Brüning

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Straker soll nach Meldungen der heutigen Berliner Morgenpresse am Donnerstag in Lippe eine Unterredung mit Hitler gehabt haben. Das Sekretariat Straker in München erklärt diese Meldung jedoch für falsch. Straker habe in letzter Zeit weder eine Aussprache mit Hitler gehabt, noch sei eine derartige Aussprache vereinbart worden. Nicht, aber scheint zu sein, daß Straker in der vergangenen Woche in Würtemberg eine Besprechung mit dem früheren Reichsleiter Brüning gehabt hat. Brüning hielt sich während der Weihnachtsferien in Freudenstadt auf.

Kommunistische Erwerbslosendemonstration in Köln

mit blutigem Ausgang.

Köln, 13. Januar. (Eig. Funkbericht.)

Am Donnerstag abend versuchten in Köln kommunistische Erwerbslose wiederholt gegen das Rathaus vorzudringen, wo in der Stadtverordnetenversammlung mehrere Anträge zur Erwerbslosenfrage beraten wurden. Auch an anderen Stellen der Stadt kam es zu Kundgebungen der Kommunisten. Die Polizei sah sich wiederholt zum Eingreifen gezwungen. In einem Falle sah sich ein Polizeibeamter, der von der Menge zu Boden getreten worden war, gezwungen, in der Notwehr mehrere Schüsse abzugeben. Ein 42-jähriger Mann wurde schwer verletzt.

Stahlhelm hekt zum KPD-Verbot

Und befürwortet schweren Verfassungsbruch — Gegen die Mordtaten der Nazis sagt er nichts

Das Berliner Stahlhelmorgan erklärt heute, es sei nicht unmöglich, daß es über kurz oder lang zu einem Verbot der kommunistischen Partei komme, wenn die kommunistische Führung nicht ungeäuert dafür Sorge, daß die kommunistische Propaganda zu Gewalttätigkeiten gegen den Staat und Andersdenkende aufhöre. Es sei aber zweifelhaft, ob die KPD dazu überhaupt noch in der Lage sei.

Das Stahlhelmorgan befürwortet für den Fall eines Verbots auch die „Bühnung“ der 100 Mandate der kommunistischen Reichstagsfraktion und der kommunistischen Mandate in den Landesparlamenten. Diese Praxis sei auch in anderen Staaten durchgeführt worden, in erster Linie in Rußland selbst, wo neben der offiziellen kommunistischen Partei kein anderer Parteiangehöriger in den Sowjets gebildet wurde. Außerdem dürfe nicht übersehen werden, daß die kommunistische Reichstagsfraktion monatlich für ihre hundert Abgeordneten nicht weniger als 60 000 Mark an Reichstagsdiäten beziehe. Von diesen Diäten müßten die Abgeordneten die Hälfte an ihre Zentrale abliefern, so daß praktisch das Reich den kommunistischen Werbefonds monatlich mit 30 000 Mark speise. Dazu kämen ähnliche Summen aus Landes- und Gemeindeparlamenten. Auf diese Weise würden den Kommunisten in jedem Jahr eine Million aus öffentlichen Mitteln zufließen.

Nazis gegen Völkische

Nazis beginnen blutige Saal schlägt.

Halle, 13. Januar. (Eig. Funkbericht.)

In einer Versammlung der Deutsch-Völkischen am Donnerstag abend, in der Wulle und der kürzlich zu den Völkischen übergetretene ehemalige nationalsozialistische Gau-Propagandaleiter für Westfalen-Nord,

Joachim v. Oka, sprechen sollten, kam es schon nach fünf Minuten zu einem schweren Tumult. Der Führer der Halleischen SA, Reichstagsabgeordneter Schäfer, sprang auf die Bühne, warf einen Tisch um und schlug auf einen Völkischen ein. Bald darauf entstand ein zweiter Tumult, als Schäfer auf seinen Tisch sprang und damit das Signal zu einer großen Saal-schlächt gab. Mit Stühlen, Biergläsern und sonstigen Gegenständen bearbeiteten Nazis und Völkische einander. Die Polizeiräume mit dem Gummihüpfel den Saal. So wurden Schäfer, als auch der Halleische Gauleiter Jordan mit verhaftet, weil sie auf frischer Tat ergriffen wurden.

Kommunisten haben kein Interesse an der Verfolgung der Nazimörder

Ein Kapitel proletarischer Schande — Früherer Nazi-abgeordneter enthüllt Naziputschvorbereitungen — Die trübseligen Versäumnisse der Polizei

Dresden, 12. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Der Sächsische Landtag hob am Donnerstag die Immunität des Nazi-Abgeordneten Bennede wegen Begünstigung des Mordes an dem SA-Mann Henrich auf. Die Kommunisten enthielten sich, wie im Rechtsauspruch des Landtags, auch diesmal der Stimme.

Vor der Abstimmung benutzte der kommunistische Redner die Gelegenheit wiederum zu einer maßlosen Hehe gegen die Sozialdemokratie. Wenn jetzt die Nazi-Partei selbst für die Aufhebung der Immunität stimmt, so sei das nur ein abgetarntes Spiel. Die Sozialdemokratie benutze den Fall Henrich zur Freijährigung der Arbeiterschaft. Aus diesem Grunde würden die Kommunisten sich an der Abstimmung nicht

Wahn-Europa 1934

Von Hanns Seibisch

Deutsche Rechte: Fackelreiterverlag, Hamburg-Bergedorf 40) (Nachdruck verboten)

Saint Brice steigt die Stufen herunter, nimmst von flackernder Begeisterung und klaffenden Händen. Von den Tribünen werden Blumen auf die Ministerbänke geworfen.

Während die Wogen sich langsam glätten, befreit ein Abgeordneter die Rednertribüne und spricht mit einem Satz: Im Namen der Regierungsparteien erklärt er dem Kabinett das Vertrauen und die Annahme der Anträge.

Dann wird es schlagartig still. Alle Augen hängen an Léon Brandt, der sich erhoben hat und mit ruhigen Schritten auf die Rednertribüne zugeht.

Eine Minute steht er mit gesenktem Kopf hinter dem Pult, als ob er über den Anfang seiner Rede nachdenkt. Die Stille wird beklemmend. Unachtslos greift Brandts Hand nach einem sich lernenden Pincel, das zufällig auf dem Rednerpult liegt. Immer noch schweigt er, er beginnt nur langsam das Pincel zu biegen und in die Gerade zurückzuführen zu lassen, viermal, fünfmal, als diene das heiligsche Spiel der inneren Sammlung.

Dann redet er. Mit ruhiger, verdeckter Stimme.

„Staatsmännischer Wille kann ein Völkchen siegen, kneten, krümmen, bis zu unerhörter Grenze pressen, bis endlich der übernatürlich gespannte Bogen — bricht! In diesem Augenblick zerschneidet das härteste Eisen mit hartem Geransch. Brandt hält in jeder Hand eine abgebrochene Hälfte. Dieser Augenblick durchlebt jetzt Frankreich.“

Die Geflossenheit des Redners wirkt ansteigend.

„Das ist das alte Drama eines Erdbebens, der sich heimlich gebildet. Wenn dann nach dem Geies akkumulierter Kräfte die Explosion erfolgt und der Völkermord entbrannt, spricht die Welt von Völkerschicksalen, die unentzerrbar seien.“

„Wichtig in diesem Hause von Forderungen des Giftes und Moral zu sprechen oder von christlicher Selbstaufopferung Europas

Staatskunst forderte bisher Ehre und Moral immer nur von den Unterthanen, sie selbst glaubte ohne die praktische Betätigung dieser Begriffe auszukommen.“

„Unerschämtheit!“ brüllte es von rechts herüber.

„Nichts schlägt die Geflossenheit des Redners in Schärfe und Jora um... Diese Stunde fordert zur Anklage heraus! Ich klage alle Regierungen der Welt an, zu wenig oder nichts getan zu haben, die niederträchtigen Methoden der Gewalt entscheidend umzuformen in die Grundgesetze der Menschennürbe und des Rechts! Ich klage alle Parlamente der Welt an, die sich begnügten, geschäftslustige Zweckverbände zu sein, oft genug Handlanger ihrer hohen Auftraggeber und anonymen Herren! Wann hörten je Könige, Diktatoren, Kabinette und Parlamente den Schrei ihrer Völker, bevor er ihnen drohend in die Ohren geschrien oder mit Häuten ins Bewußtsein gehämmert wurde! Aus der Tiefe der Völker läute immer zuerst der Aufschrei nach Gemeinlichkeit und Frieden der Nationen; er pralle ab an erkalteter Staatskunst, die die Systeme heiligte und das lebendige Leben vergaß! Erst als der Aufschrei sich organisierte und Macht wurde, als die geschundenen Massen drohend an die Türen dumpfer Kabinette pochten, öffnete die Regierenden halbbreit Ohren und Augen.“

„Ich höre Ihres stolzen Gegenruf: Völkerverbund! Jamoch, meine Damen und Herren, ein Klub von Interessenten und Konkurrenten, in normalen Zeitläuften zur Not brauchbar, die Völker einzuschliefen, in Zeiten schwerer Krise ein leeres Gefäß. Wo die Bekannung fehlt, hilft kein formaler Wille. Ich rufe den Genier Fehlschlag laut in die Ohren der Völker! Es scheint also wirklich, daß nur Revolutionen dem Menschengehlecht heilsam sind! Wir stehen vielleich vor der größten Revolution, die Europa je erlitt, und die verschuldet wurde von der Barbarei einer Zivilisation, die Menschen zu Käsefetzen begrabte!“

„Betäubender Lärm bricht durch den Saal. Von den Tribünen löst es heranzu. „Aufhören! Aufhören!“ — „Nehc Landrug hekt auf ihrem Klappstuhl.“ Es wird Zeit, daß die alten Götter hürzen!“

„Von recht sanft eine Gruppe herbei, um die Landrug von ihrem Stuhl herunterzuziehen. Die Sozialpolizei wirft sich den Angreifern entgegen. Mordlos verhallt die Glode des Präsidenten. Die Bank rechts und in der Mitte leeren sich, zahlreiche Abgeordnete verlassen den Saal. Wir können erst wieder, wenn der Schmeißerhauptspieler keine Rolle ausgespielt hat.“

„Der Tumult durchschlägt Brandts Stimme.“ Man hat mich Kerzler heiligmäßig. Sehen Sie mir gut ins Gesicht — und Sie

erkennen das Gesicht Frankreichs! Hören Sie meine Worte — und Sie vernennen den Herzschlag von Millionen!“

Bänke und Tribünen drohen unter dem Brüllenden Wölkerverbund einzustürzen. Es wird getrampelt, auf Schuhseln gepöfien, Pultbänke knallen hoch und herunter. Dazwischen knattert das Händelklaffen der Sozialisten.

Humette schreit erregt in den Saal: „Sie benutzen Ihre Immunität zur Beschimpfung Frankreichs!“

Ein paar Duzend Abgeordnete hürzen sich auf das Rednerpult, Brandt herunterzuziehen. Die Sozialisten deden ihren Führer mit ihren Leibern; Brougs Schmiedehäufte überragen das Gekimmel. Die Landrug gießt hohnvolle Worte über das Handgemenge.

„Die tothaarige Bettel soll in Moskau ein Bordell aufmachen!“ brüllt ein Abgeordneter. Er hat noch nicht ausgerebet, da schleudert ihn eine spallende Ohrfeige in die Ministerbank. Rhees Hand ist hart genug, einen Beleidiger niederzuschlagen.

Die Saalpolizei ist machtlos. Dragoner rücken in den Sitzungsaal ein. Mit vorgeneigtem Oberkörper und weit offenen Augen kehrt Germaine im Gang. Ueber die Helme und blanken Säbel der Dragoner rauhen Brandts Worte hinweg:

„Die Regierung fordert Blankschwarz! Ich garantiere Ihnen, Herr Saint Brice fällt sie sehr bald nach eigener Willkür aus! Er hat sich in seiner eigenen Schlinge gefangen. Aber vorher hätte er eine Willkürfront zu durchbrechen!“

Saint Brice drängt sich durch die Bewaffneten zur Rednertribüne. „Ihre Drohung erschreckt mich nicht!“ ruft er mit blutleerem Gesicht hinauf.

Brandt löst die Fäuste in die Luft. Wie ein Aufschrei entfährt es seinem Munde:

„Notwehr! Notwehr! Wir haben es satt, Europa mit Menschenblut zu düngen!“

„Den Worten folgt, unerwartet, ohne erkennbaren Anlaß, zehn Sekunden tiefe Stille.“

„Ich habe die Regierung gewarnt! Ich warne die Vertreter des Volkes! Die Zeiten sind vorüber, daß sich Nationen in verbrennerische Abenteuer stürzen ließen, ohne aufzutreten! Wir haben nicht den Willen zur Selbstzerstimmung Frankreichs! Heizen Sie keinen Schritt gut, der uns der Katastrophe in die Arme treibt! Wir fordern den Rücktritt der Regierung!“

(Fortsetzung folgt)

Sitzung des Stadiparlaments

Tätigkeit der Stadtverordneten-Versammlung im Vorjahre Wahl des Vorstandes — Die Praxis des Weidenhofer Pächters Anfragen der Sozialdemokratischen Fraktion

Seit der Parteispaltung durch die Sapler sind die Deutschen auf dem Breslauer Rathaus die stärkste Fraktion und haben damit ein Anrecht auf den Vorsitzposten. Also haben unsere Genossen dem bisherigen Vorsteher Dr. Friedrich wieder ihre Stimme gegeben. Auf das Angebot der Sapler, die diesmal für Genossen Bandmann stimmen wollten, und gestimmt haben, ist unsere Fraktion nicht eingegangen. Dr. Friedrich erhielt 64, Genosse Bandmann 16 und der Kommunist Guhr 2 Stimmen. Ehe die Wahl fortgesetzt wurde, begann sogleich die Jahresarbeit der Kommunisten. Sie schickten ihren Bombastus Brodke mit einer langen Erklärung vor, die darin ausklang, daß sie bei allen Wahlen für ihren Genossen Guhr stimmen würden. „1. Kenntnis genommen; 2. Zu den Akten“, quittierte der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Genosse Pietsch unter großer Heiterkeit des Hauses diese Groteske. Aber Herr Brodke, der wohl jetzt zum Fraktionsführer der KPD. avanciert ist, hielt es auch für nötig, eine Erklärung dafür abzugeben, warum Abel sein Mandat niedergelegt hat. Bekanntlich war Herr Abel, der im Laufe der Jahre auf dem Rathaus immerhin etwas gelernt hatte, schon seit längerer Zeit sehr still geworden. Man merkte, daß es mit ihm aus war. Nun soll er sich nach Brodkes Behauptungen den Gewerkschaftsfragen widmen. In den Gewerkschaften werde man bald sein Wirken zu spüren bekommen! So ist's recht! Von Kommunalpolitik versteht der Brodke nichts und von gewerkschaftlichen Dingen der Abel auch nichts. Also stehen nun beide genau auf dem rechten Fleck.

Beim weiteren Fortgange der Wahl wurde Genosse Bandmann zum Vorsteher-Stellvertreter gewählt. Da die Sapler ihm auch diesmal ihre Stimme gaben, konnten unsere Genossen ebenso für Kottusch als Beisitzer stimmen.

Da die Tagesordnung auch einige Notstandsarbeiten vorsah, so die Fortführung der Olierregulierung und den Ausbau der Bebel-, Heinrich-von-Korn- und Trachenberger Straße, hatte Herr Brodke noch Gelegenheit, diese Vorläufe zur Arbeitsbeschaffung möglichst niedrig zu machen, weil nur ein paar hundert Leute auf ein halbes Jahr Beschäftigung finden. Wir können uns noch an keinen einzigen Fall erinnern, wo von kommunistischer Seite auf eine Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung durch die Stadt hingewiesen worden wäre. Praktisch leistet man überhaupt nichts, aber die Klappe reißt man weit auf, weil die anderen zu wenig leisten.

Die Zustände in Weidenhof wurden anlässlich einer kleinen Bauvorlage von Genossen Darf ausführlich besprochen. Der Pächter des Riefelgutes heudet seine Unterpächter in unglaublicher Weise aus. Stadtrat Genosse Wohlweber berichtet, daß sich inzwischen die Land- und Forstdeputation der Angelegenheit angenommen hat. Die Beschlüsse der Deputation konnten Genossen Darf nicht befriedigen und aus Ausführungen von Stadtbaurat Trauer konnte man entnehmen, daß dieser sich durch den Pächter Wiepen beeinflussen läßt. Genosse Otte erhob als Tiefbauachverständiger wirksam Einspruch gegen Wiepensche Darstellungen, denen Stadtbaurat Trauer gefolgt zu sein scheint. Genosse Karl Pietsch nahm sich der kleinen Pächter in Weidenhof ebenfalls an. Auch andere Wiepensche Methoden kamen zur Sprache. Genosse Darf fragte den Kammerer, wie es um zwei Güter steht, die die Stadtbank im Konkurs erwerben mußte. Sie hat ausgerechnet Herrn Wiepen als „Obersten Wirtschaftsführer“ über die Güter eingesetzt, ihn aber nach kurzer Zeit seines Amtes entheben müssen. Herr Wiepen sollte jährlich 5000 Mark und dazu die nötigen Speisen erhalten. Die Auskunft des Kammerers ging dahin, daß gegen Wiepen etwas Ehrenrühriges nicht vorliegt, aber mit seiner Arbeit war man nicht zufrieden. Hoffentlich hat die Aussprache wenigstens sozial Zweck gehabt wie sie bei Wiepen haben kann, sonst muß weiter nachgeholfen werden.

Jahresarbeit des Stadiparlaments

Die erste Sitzung im neuen Jahre, die Vorsteher Dr. Friedrich eröffnete, wurde mit einem kurzen Geschäftsbericht der Stadtverordnetenversammlung eröffnet, den Bürodirektor Schmidt erstattete. Es haben 16 öffentliche und 12 geheime Sitzungen stattgefunden, von denen die längste sieben Stunden und fünf Minuten und die kürzeste 15 Minuten dauerte. Im Laufe des Jahres sind 330 Vorlagen eingegangen. Davon wurden 221 in den Sitzungen erledigt, 89 kamen erst nach einer Ausschussberatung zur Erledigung, 14 erledigten sich durch Auslage in den Sitzungen, und sechs mußten ins neue Jahr übernommen werden. Von 37 eingebrachten Dringlichkeitsanträgen hat die Versammlung 28 sofort verabschiedet, während die übrigen wegen einer Ausschussberatung in die gewöhnlichen Vorlagen kamen. Von den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung tagte der Ausschuss I (Wahl-ausschuss) und der Ausschuss V (Bauauschuss) je dreizehnmal. Der Ausschuss VIII (Hausauschuss) hielt neun und der Ausschuss II (Finanzausschuss) acht Sitzungen ab. Die übrigen Ausschüsse traten seltener zusammen.

Nach dieser Berichterstattung entbot Vorsteher Dr. Friedrich dem haatsparteilichen Stadtverordneten Geheimrat Heilberg, dessen Platz mit einem großen Blumenstrauß geschmückt war, herzlichste Glückwünsche zum 75. Geburtstag und der damit verbundenen ununterbrochenen kommunalpolitischen Tätigkeit durch 44 Jahre und übergab ihm sogleich in seiner Eigenschaft als Alterspräsident die Leitung der Versammlung zur Wahl des Vorstehers.

Wahl des Vorstandes

Stadtverordneter Heilberg dankte für die Ehre und leitete sodann die Vorsteherwahl.

Es wurden 85 Stimmzettel abgegeben, von denen 2 unbeschrieben, also ungültig waren. Von den 83 gültigen Stimmen entfielen 64 auf den Stadtverordneten

Dr. Friedrich, 16 auf den Stadtverordneten Bandmann und drei auf den Stadtverordneten Guhr. Dr. Friedrich war also im ersten Wahlgange mit absoluter Mehrheit gewählt und nahm die Wahl an.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte für Dr. Friedrich gestimmt, während die S.P.-Leute aus sehr durchsichtigen Gründen ihre Stimmen für unseren Genossen Bandmann abgegeben hatten.

Bei der Wahl zum stellvertretenden Vorsteher wurden ebenfalls 85 Stimmzettel abgegeben, von denen vier unbeschrieben und damit ungültig waren. Von den 81 gültigen Stimmen vereinigte Stadtverordneter Bandmann 75 Stimmen auf sich, die übrigen zerplitterten sich. Genosse Bandmann ist also mit noch größerer Mehrheit gewählt worden, wie Dr. Friedrich.

Die Wahl der Schriftführer erfolgte durch Zufall. Es wurden gewählt die Stadtr. Kottusch (S.P.) und Saffina (Zentr.) als Schriftführer und die Stadtr. Nemela (Wirtsch.-P.) und Hel. Krause (Staatsp.) zu Stellvertretern.

Kleinere Vorlagen

Nach der reibungslos abgewickelten Vorstandswahl erledigte die Versammlung eine Reihe kleiner Vorlagen. Ohne Aussprache wurde der Städtischen Bank für das Rechnungsjahr 1930 die Entlastung erteilt. Beschlossen wurde ferner die Aenderung des Fluchtlinienplanes für die Kaiser-Wilhelm-Straße, für die Gierthstraße, den Mühlsbergsweg und für das Gebiet zwischen Lehmamm, Monhaupt-, Stern- und Kreuzstraße, eine Mehrausgabe für den Neubau der Kofschianlage im Goswerk-Dürrgang, die Aenderung einer Stiftungssatzung, die Neufestsetzung der Sperrzeiten für Kraftstrom, der Austausch mehrerer städtischer Grundflächen, die Anschaffung einer hydraulischen Räderpresse für die Straßenbahnerwerkstatt eines Autoöl-Regenerators für den Autobusbetrieb und zweier Leistungsmesser für die Kühlanlage des Schlachthofes. Auch die Wahl des Parteivorstandes wurde erledigt, in den die Stadtverordneten Behnte, Bujatowski, Gestein, Jren, Karl Pietsch, Ihum und Dr. Jüttner gewählt wurden.

Auch einige Vorlagen, die ein wenig Arbeit schafften, wurden angenommen. So der Ausbau der Vase unterhalb der Opperauer Brücke, für den ein Meliorationskredit von 200 000 Mark aus Mitteln des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung aufgenommen werden soll und der Ausbau der Bebel-, Heinrich-von-Korn-Straße und der Trachenberger Straße, der 896 000 Mark erfordert.

Ein Magistratsantrag, dem Direktor der Friedhofsverwaltung auch Stimmrecht in der Friedhofsdeputation zu geben, fand den Widerspruch der Sozialdemokraten, weshalb die Vorlage nochmals in den Ausschuss I verwiesen wurde.

Die Praxis des Weidenhofer Pächters

Zu einer größeren Debatte kam es bei dem Magistratsantrage, die Futterkammer des Rittergutes Weidenhof massiv decken zu lassen. Der sozialdemokratische Berichterstatter, Stadtr.

Darf nahm Gelegenheit, die Praxis des Weidenhofer Pächters Wiepen einmal näher zu beleuchten.

Während er an die Stadt für jeden Morgen Ackerland den Preis eines Zentners Roggen und für jeden Morgen Weizenland den Preis von 2,2 Zentner Heu bezahlt, verlangt er von den kleinen Landwirten Weidenhofs, von denen fast alle auf Pachtland angewiesen sind, Pachtpreise, die zwischen 35 und 65 Mark pro Morgen Acker- oder Weizenland liegen.

Trotz dieser gewaltigen Forderungen, die Herr Wiepen aus der Verpachtung einen Reingewinn von mehr als 25 000 Mark jährlich einbringen, gehört der Pächter des städtischen Rittergutes nicht etwa zu den Leuten, die ihre eigenen Verpflichtungen gegenüber der Stadt pünktlich erfüllen. Unentwäglich erweist es sich auch, daß die kleinen Besitzer keine Dauererträge bekommen. Sie legen gar nicht Wert darauf, das gleiche Landstück für einen bestimmten Zeitraum zu erhalten, sondern es kommt ihnen nur darauf an, daß ihnen ein länger befristeter Pachtvertrag für eine bestimmte Fläche zugestanden wird. Schließlich interessieren sich die sozialdemokratische Fraktion auch noch für die Tätigkeit des Herrn Wiepen, dem die oberste Wirtschaftsführung über zwei Güter übertragen worden ist, die die Stadtbank im Konkursverfahren erstanden hat. Herr Wiepen soll von dieser Funktion wieder entbunden worden sein und es wäre sicher interessant, einmal die Gründe für diese Abberufung zu erfahren.

Stadtrat Wohlweber beantwortete die sozialdemokratische Kritik dahingehend, daß die zuständige Deputation dem Generalpächter aufgegeben habe, die Pachtverträge mit den Unterpächtern entsprechend der Bestimmungen des Vertrages mit der Stadt abzuändern. Auch seien für die Preise bestimmte Richtlinien festgelegt worden und es bleibe den Unterpächtern unbenommen, in Streitfällen das Pachteingangsamt anzurufen.

Auch Stadtkammerer Friedel meldete sich zum Wort und erklärte, daß gegen Herrn Wiepen nichts Ehrenrühriges vorliege. Ein S.P.-Stadtverordneter frag nun an, ob es wahr sei, daß Herr Wiepen neben seinem Pachtverdienst in Weidenhof für die Wirtschaftsführung der Stadtbankgüter noch eine Jahreszulage von 7200 Mark erhalten habe, während die in solchen Fragen gewiß großzügige Landwirtschaftskammer eine Entschädigung von 3000 Mark für angemessen bezeichnen hat. Stadtkammerer Friedel erwiderte darauf, daß ursprünglich sogar 9000 Mark an Herrn Wiepen gezahlt worden sind, allerdings habe man ihn dann auf 5000 Mark gedrückt. Der jetzige Wirtschaftsführer erhalte monatlich nur 200 Mark. Nachdem auch Stadtr. Otte (Soz.) erklärte, daß es möglich sein müsse, den Unterpächtern einen jährlichen Pachtvertrag zuzugestehen, wogegen sich Stadtbaurat Trauer mit dem Bemerkten wandte, daß die Kanalisationswerke einer solchen Regelung nicht zustimmen könnten, bezeichnete der sozialdemokratische Fraktionsführer Karl Pietsch den Weidenhofer Pächter als einen Zeitgenossen, der es verstehe, seine eigenen Interessen zu wahren. Auch über seine Tätigkeit als Wirtschaftsführer der Stadtbankgüter seien Dinge bekannt geworden, die der Volkswacht mit dem Worte Schiedungen zu bezeichnen pflegt. Auch Stadtr. Darf wies im Schlußwort darauf hin, daß die Beschlüsse der Land- und Forstdeputation nicht befristet werden können.

Der Anweisung des Lieblichhauses für Büromöbel, über die an dieser Stelle bereits ausführlich berichtet worden ist, gab die Stadtverordnetenversammlung ihre Zustimmung. Die Ortsjahrgeld für das Generalfeld- und Rettungswesen wurde nochmals dem Ausschuss V überwiesen.

Ein kommunistischer Dringlichkeitsantrag, dem den Magistrat ersucht, bei den Staatsbehörden gegen den nationalsozialistischen Terror zu protestieren und die Schließung des Brauner Hauses, sowie Verhaftung des Fememörders Heines zu fordern, kam nicht zur Verhandlung, da von deutschnationaler Seite angezweifelt wurde, daß es sich um Dinge handele, die die Stadtverordnetenversammlung garnichts angingen. Die bürgerliche Mehrheit verneinte bei der Abstimmung gegen die Linke die Frage der Dringlichkeit.

S.P.-Distriktsführer wollen keinen Eid leisten

Zwifrosesse unbehaglicher Art zu verwickeln ist eine besondere Kunst des Advokatenhandwerks, und es läßt sich wohl nicht bezweifeln, daß der Vorsitzende der S.P., Rechtsanwalt E. Kästner, diese Kunst beherrscht, ja anlässlich der finanziellen Auseinandersetzungen zwischen der Sozialdemokratie und der S.P. sogar zu einer gewissen Meisterschaft entwidelt.

Wie unseren Lesern bekannt hat die S.P. gegen einige der jeinerzeit übergegangenen Distriktsführer Klage nicht etwa angestrengt, um einen irgendwie gearteten Inkompentenz-Standpunkt zu rechtfertigen, sondern weil bei der Spaltung sehr erhebliche Vermögenswerte der Partei, der Jugend und der Kinderfreunde „auf revolutionärem“ Wege insulagen beschlagnahmt wurden. Man ging ja damals von der Hypothese aus, daß infolge von Beschlüssen der einseitig zusammengefügten Körperschaften des Ortsvereins der S.P. nicht etwa eine Absplittterung, sondern eben eine Art Revolution stattgefunden habe und die S.P. insulagen als Ueberrest, rechtlich betrachtet, als eine neu zu begründende Organisation übrig geblieben sei. Daher behielt man einfach alles, was diejenigen Mitglieder, die übertraten, irgendwie an Organisationsgegenstand und Vermögenswerten, wie Beitragsmarken usw. in der Hand hatten.

Um die Frage vorerst prinzipiell zu klären — es handelt sich, da Parteien ja nicht rechtsfähige Körperschaften und ihre Organisationsgegenstände nicht gerichtsnotorisch sind, um eine Reihe schwieriger zivilrechtlicher Streitfragen — wurden also von der S.P. drei Musterklagen eingeleitet, für die gestern wieder einmal Termin angelegt war.

Man kann nicht sagen, daß solch ein Termin vor einem bürgerlichen Gericht ein erfreulich Ding wäre; insbesondere unerfreulich wurde er aber durch die Vertrete der S.P.-Vertreter, Rechtsanwalt E. Kästner, bei dieser Gelegenheit insulagen S.P.-Korruption zu „enttüllen“ und Herrn Gruschwitz in düsteren Andeutungen vermurbar Sensationen Gesellschaft zu leisten. Kästner hat in der „Volkswacht“ gelesen, daß Genosse Paul Lehmann aus dem Dienst der Partei ausgeschiedet, daß Genosse Robert Herrmann, dessen Alter und Gesundheitszustand E. persönlich genau bekannt sein dürften, inaktiviert wird; promot mußte das

Die Pflicht ruft!

Am kommenden Sonntag beginnt die allgemeine Werbung für Partei und Presse. Wir erwarten, daß sämtliche Genossinnen und Genossen insbesondere die Funktionäre sich an der Werbung beteiligen. Material ist bei den Distriktsführern zu haben.

In der nächsten Woche finden in allen Abteilungen wichtige Abteilungsverfassungen statt. Die Statuten werden in der morgigen Nummer bekanntgegeben.

in Verbindung mit dieser Beitragsmarkenfrage gebracht werden. Er behauptete daher nicht mehr und nicht weniger, als daß die kritischen Markengelder von den Unterfasserern an Herrmann abgeliefert und von ihm „auf ein Privatkonto“ verbucht worden wären. Selbstamerweise haben aber die verklagten Distriktsführer der S.P. dieselben Beitragsmarken erst vor kurzem — bei der S.P. abgeliefert. Erkläre mir Graf Drindur, diesen Zwiefpalt der Natur.

Nun, die Sache ist ziemlich leicht erklärt. Der Vertreter der S.P., Genosse Bandmann, teilte nämlich mit, daß diese Beitragsmarken gar nicht die kritischen, sondern solche sind, die bei anderen übergetretenen Funktionären noch vorhanden waren und für diese Zwecke zusammengekauft wurden. Genosse Bandmann kennzeichnete, ohne daß etwa dieser Tatbestand bestritten wurde, diese Methode als Betrug bzw. Anstiftung zum Betrug.

Zwei des Termins war eine von der 7. Zivilkammer angeordnete Eidesleistung der drei beklagten Arbeiter, die dem rechtsgelehrten Streit sichtlich mit wenig tieferem Verständnis folgten und reiflos in die Hand ihres Parteivorstehenden gegeben waren und der sie wohlweislich nicht zu Worte kommen ließ. Sie sollten schwören, daß sie nicht für bestimmte Beträge Marken verkauft und die entsprechenden Geldbeträge erhalten hätten. Hier wendete Kästner ein, Distriktsführer verkaufen überhaupt nicht Beitragsmarken, sondern gäben sie lediglich an die Unterfasserer weiter, deshalb, deshalb, nur deshalb würden seine Mandanten nicht schwören. Genosse Bandmann beantragte daraufhin, um diesem Bedenken entgegen zu kommen, in die Eidesformel einzufügen, „oder von den Unterfasserern“, während Kästner sich lediglich in etwas unklarer Form zu einem Eid bereit erklärte, in dem so ungenau gefaßt wurde, daß die S.P.-Distriktsführer lediglich an Unterfasserern (die in den fraglichen Distrikten ja auch größtenteils mit zur S.P. gesungen waren) Beziehungen gehabt und keine Beitragsmarken an Mitglieder der S.P. verkauft hätten, was natürlich eine ganz andere Frage berührt. Als das Gericht aber nun doch dem Antrag des Genossen Bandmann stattgab, forderte E. prompt — Verärgert, „um mit seinen Mandanten Rücksprache zu nehmen (die wohlgemerkt mit anwesend waren), denn die Eide sei zur Leistung zuerst ab, doch gelang es Kästner trotzdem, eine Vertagung durch einen erneuten Antrag, die Sekretäre Brettkorff, Lehmann und Herrmann über die schon angeführte Behauptung zu vernehmen, zu erreichen. Offensichtlich verurteilt er dabei — fälschlicherweise — darauf, von dem aus dem Dienst der Partei ausgeschiedenen Genossen Lehmann irgendwelche Vermutele, aber leider nicht bekannte Einzelheiten über parteiinterne Vorkommnisse herauszubekommen.

Der Prozeß geht also weiter, aber er ist trotzdem schon verloren, denn die parteigeschichtliche Entwicklung hat bereits hergesehen, daß was ja auch neuerdings nicht mehr geteilt gemacht wird, die S.P. selbst in Groß-Breslau wahrlich nicht die tatsächliche und rechtliche Nachfolge der Sozialdemokratie angetreten hat.

Neuer Naziüberfall am Braunen Hause

3 SA-Mitglieder von einer 15 Mann starken Nazihorde niedergeschlagen - 120 Nazis mit Führern stürmten aus dem Braunen Hause bei, aber es wurde niemand festgenommen Wann wird die Polizeiwache neben der Medozentrale wieder eingerichtet?

Vor einigen Tagen, als einige Reichsbannerkameraden vor dem Braunen Hause bestialisch niedergeschlagen wurden, fragten wir den Polizeipräsidenten an, warum der Polizeistützpunkt im Gebäude der Berufsschule Neudorfstraße eingezogen worden ist. Wir erwiderten gleichmäßig, diese zum Schutze der anwohnenden Bevölkerung unbedingt notwendige Polizeiwache schnellstens wieder einzurichten, ehe weitere Blutspuren verübt werden.

Unsere Mahnung ist vorläufig unbeachtet verhallt und als Folge ist ein neuer bestialischer Überfall der Nazis auf Andersdenkende zu verbuchen. Am Mittwoch, gegen 21.45 Uhr, kamen fünf Angehörige der SA, von einer Demonstration ihrer Partei nach Hause und blieben vor der Hausür Sedanstraße 31 an der Ecke Neudorfstraße einige Augenblicke stehen, um sich von einem ihrer dort wohnenden Genossen zu verabschieden.

Ohne jeden Anlaß stürmten plötzlich 15 Nazi-Sanditen aus dem Braunen Hause herbei, fielen über die Proleten her und schlugen drei von ihnen heftig bestialisch zusammen, das sie in das Wenzel-Hande-Krankenhaus geführt werden mußten. Die Nazihorde, die wahrscheinlich wieder in „Notwehr“ war, verdriftete zurück in die Mörderzentrale, genannt Braunes Haus.

Da durch die Schließung der Polizeiwache amtliche Hilfe erst immer aus der Reservewache Elßner Straße herbeigeht werden muß, war das Gesindel natürlich verprovokiert, als Beamte eintrafen. Heberdies sollen sich diese auch noch gewiegert haben, an dem Heberfall beteiligte Nazis festzustellen, die noch vor dem Braunen Hause herumlungerten. Da sich inzwischen auch einige SA-Mitglieder und Kommunisten einfanden, die von dem Heberfall Kenntnis erhalten hatten, ging die Polizei natürlich gleich gegen diese zu Hilfe eilenden vor. Inzwischen stürmte eine 120 Mann starke Nazihorde unter dem Befehl mehrerer Führer herbei und die Polizei, die sich nun auch gegen dieses Verbrechergesindel zur Wehr setzen mußte, bekam wieder einmal in der Praxis vorgeführt, wie die „Notwehr“ der Nazis aussieht. Egarantig wurde nicht einmal ein paar dieser Sanditen aus der Horde herausgegriffen.

Da uns fortgesetzt Befürchtungen der Anwohner dieser Gegend zugeleitet werden, fordern wir nunmehr ganz energisch, daß der Polizeistützpunkt neben der Mörderburg schnellstens wieder eingerichtet wird. Geschieht dies nicht, dann werden wir nicht anziehen, den verantwortlichen Herren im Polizeipräsidium die Mitschuld an dieser endlosen Reihe gefährlicher Blutspuren in der Neudorfstraße aufzuschreiben.

25 Jahre Breslauer Luftfahrt

Jubiläum des Schlesischen Vereins für Luftfahrt

Nur recht selten noch sieht man — im Gegensatz zum Flugzeug — die prallen Ballons, die Vorläufer unserer heutigen Hängeballons, aufsteigen. Aber immer noch wird eine Ballonfahrt mit großem Interesse beobachtet und verfolgt. Und keiner, selbst der modernste Mensch, würde es nicht verschmähen, einmal auf diesem Wege sich die Luft zu erobern. Daß solche Fahrten nicht bloßes Vergnügen sind, sondern auch beachtliche wissenschaftliche Bedeutung haben, ist mehr als einmal hinreichend bewiesen worden.

Am heutigen Tage kann nun der Schlesische Verein für Luftfahrt, eine der ältesten Luftfahrt treibenden Vereinigungen Deutschlands, auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Am 13. Januar 1908 wurde er durch Universitätsprofessor Dr. Abegg gegründet. Es traten ihm sofort 120 Mitglieder bei; innerhalb von neun Monaten hatte sich die Mitgliederzahl auf 600 erhöht. Neben Abegg waren es vor allem andere Männer der Wissenschaft, die sich für die Entwicklung der schlesischen Luftfahrt einsetzten.

Am 14. Januar 1908 wurde bereits der erste Aufstieg mit dem Ballon „Besold“ ausgeführt; am 21. April erfolgte die Landung des ersten Ballons „Schleien“ durch den Herzog von Ratibor. Im Jahre 1908 wurden bereits 42 Freiballonfahrten unternommen.

Durch die Gründung von Ortsgruppen in Görlitz, Piesnitz, Hirschberg, Glogau, Oppeln, Schweidnitz und Freudentein nahm der Verein einen beachtlichen Aufschwung. Prof. von der Borne richtete die erste Wetterbeobachtungsstation ein. Das Jahr 1909 schloß mit 84 Freiballonfahrten ab. Unter anderem wurden auch eine Anzahl Fahrten zu wissenschaftlichen Zwecken unternommen. Im August 1909 konnte bereits ein dritter Ballon erworben werden. In das Jahr 1909 fallen auch die großen flugtechnischen Versuche des Vereins, die einen so großen Umfang annahm, daß sich diese Abteilung zu einem eigenen Verein „Schlesischer Flugportclub“ konstituierte, der allerdings nach einigen Jahren wieder mit dem Verein für Luftfahrt verschmolzen wurde. Einen weiteren wichtigen Markstein bildete die Hebertragung des Ausweisungsfluges für das Gordon-Bennett-Fliegen 1911 an Breslau. Das Jahr 1912 verzeichnet wiederum eine Anzahl wissenschaftlicher Fahrten. In diesem Jahre wurde auch ein vierter Ballon erworben, 1913 ein fünfter. Auch von Provinzorten

Vortragsabend von Manfred Jäger

Die Breslauer Volkshilfe veranstaltete für eines der beliebtesten Mitglieder der Breslauer Vereinigten Theater, Manfred Jäger, zwei heitere Vortragsabende im jedesmal ausverkauften Schiedmayer-Saal. Die ausgezeichneten Qualitäten des Künstlers, seine Charakterisierungskunst mit distinktionreichen Mitteln, seine sprachliche Gewandtheit und Sauerkeit bewährten sich auch am Vortragsabend. Die nicht ganz einfache Aufgabe, einen ganzen Abend lang „heiteres Programm“ zu machen und dabei Stimmung zu wecken und Kneuen zu halten, war mit Geschmeid, wenn auch etwas einseitig, gelöst.

Eine kleine Geschichte Erich Kästners mit verblüffender Wort-, Gedanken- und Situationsakrobatik „Feier mit Hindernissen“ zu Beginn der Vortragsfolge half dem Künstler schnell, alle Befangenheit einer solchen erstmaligen Veranstaltung zu überwinden. Die „kleine Silberrede“ desselben Autors in ihrer „flüssigen“ und doch nicht peinlich wirkenden Angelegenheit wurde ein Meisterstück. Dem statt in Wien wirkenden Vortragenden liegen natürlich die geschichtlichen Hintergründe, liebenswürdig beschaffen, geistvollen Wankereien Polgars besonders. So ließ er sich ausbreitend zu Worte kommen und entfaltete dabei alle Register seiner Kunst. Jäger hat die Fähigkeit, Pointen zu setzen. Er hat in noch höherem Maße die Fähigkeit, die beziehungsreiche Andeutung mit höherem Jutakt vorzutragen. Besonders Spaß machten Polgars „Gris“, in denen ein ganzes Feuerwerk von Wit und Bosheit losgelassen wird. Ich schreibe heiter-ernte Geschichte „Die Verleumdung“ war wirksam, während von den leicht gezeichneten satirischen Skizzen des neuerfindlichen Dichters Sokolows „Das Gewerbe“ nicht ganz glücklich gerät. „Kaisler welen“ von Ringelmann machte mit seiner auf den Kopf gestellten „Pädagogik“ besondere Freude.

Das dankbare Publikum genoss den „heiteren Abend“ in vollen Zügen. Immer neue Beifall von Seiten der Zuhörer, die den Saal der außergewöhnlich herzliche Beifall erreichte einiger Frauen, darunter auch ein paar nette Vertreter der Breslauer Dichterin Jessie Sachs. Zu der gelungenen Veranstaltung darf man Manfred Jäger und der Breslauer Volkshilfe herzlich gratulieren.

aus wurden eine Anzahl Fahrten unternommen. Das größte Ereignis für den Verein brachte 1914 der Ostmarkenflug durch Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen; 21 Flugzeuge starteten am 20. Juni auf dem Gaudauer Gatzlerplatz.

Durch den Krieg wurde der Verein an der weiteren Ausübung seiner Freiballonfahrten gehindert, da er zur Abgabe des gesamten Ballonmaterials gezwungen wurde, ohne jemals eine Entschädigung dafür erhalten zu haben. Das gesamte Vereinsvermögen von weit über 20.000 Mark wurde während des Krieges für Liebesgaben geopfert. Viele Mitglieder wurden den Flieger- und Luftschifftruppen zugewiesen; führte doch der Verein bei Kriegsausbruch 26 Freiballonführer und zwei Luftschiffführer.

Nach dem Kriege wurde aber die Arbeit bald wieder aufgenommen. Insgesamt hat der Verein in den 25 Jahren seines Bestehens weit über 300 Freiballonfahrten ausgeführt, darunter viele wissenschaftliche Weit-, Wett- und Zielfahrten.

Parteihschule Groß-Breslau

Sonnabend, 19 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 9.
Sonntag, 9 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 12/14.
Thema: Aktionsprogramm, 1. Teil: Industrie und Banken.
Referent: Genosse Kraus.

Erwerbsloser-Unterrichtskurse

des Arbeiterbildungsausschusses Breslau

Englische Sprachkurse

Wegen der außerordentlich großen Zahl von Anmeldungen zu den englischen Sprachkursen mußte der Kursus geteilt werden. Der Kursus ist in drei Gruppen aufgeteilt, die folgendermaßen stattfinden:

Gruppe I: Kursus für Fortgeschrittene. Lehrerin: Studentin Dr. Hilde Reiter. Ort: Aufbauschule, Wilderstraße 13. Jeden Mittwoch: Gruppe a von 15-16 1/2 Uhr; Gruppe b von 16 1/2-18 Uhr.

Gruppe II: Kursus für Anfänger. Lehrerin: Frau Elise Kewenig. Ort: Erwerbslosenheim, Gutschkestraße 8. Jeden Mittwoch: Gruppe a von 16-17 1/2 Uhr; Gruppe b von 17 1/2-19 Uhr.

Gruppe III: Kursus für Anfänger. Lehrer: Student Dr. Sengfelder. Ort: Erwerbslosenheim bei Vamert, Brigittenstraße 16. Jeden Mittwoch: Gruppe a von 16-17 1/2 Uhr; Gruppe b von 17 1/2-19 Uhr.

Der Kursus Wianberg: „Was muß der Arbeitslose von der Sozialpolitik wissen?“, mußte am Mittwoch ausfallen, da die Teilnehmer noch nicht von der Beerdigung des Jugendgenossen Janisch zurück waren. Der Kursus beginnt aber nun bestimmt am Mittwoch, den 18. Januar, zur angelegenen Zeit.

Studenten nehmen das Wort

Ein übles Pamphlet der nationalsozialistischen Studenten und die rechte Antwort darauf

Von den eigentlichen Urhebern des Breslauer Universitäts-Standals wurde dieser Tage folgende Entschuldigende in rechtsstehenden Zeitungen veröffentlicht, die wir nicht kommentarlos wiedergeben können.

„Schneller als viele erwarteten, hat Professor Cohn bewiesen, wie richtig unsere sofortige scharfe Stellungnahme gegen ihn war. Für Trost, diesen Reiteragitor und Massen-schlächter, hat er sich eingelebt. Er kann darum nicht länger Professor an unserer Grenzland-Universität bleiben, die den Volkswissenschaften fast vor den Türen hat. Mit Rektor und Senat zugleich fordern wir vom Ministerium Cohns sofortige und endgültige Abberufung. Nicht eher wird an unserer Universität Ruhe und Ordnung herrschen, bis Professor Cohn verdrängt ist.“

Freie Breslauer Studentenschaft
Breslauer Wassering
Nationalsozialistischer Studentenbund.

Durch diese von Unachtsamkeit folgende Erklärung der „Freien Breslauer Studentenschaft“, des „Wasseringes“ und des „Nationalsozialistischen Studentenbundes“ sehen sich die unterzeichneten Verbände zu folgender Gegenklärung verpflichtet:

Die Behauptung des „Wasseringes“ usw., daß Professor Cohn sich „für Trost, diesen Reiteragitor und Massen-schlächter“ eingelassen habe, stellt entweder einen Mangel an Aufassungsgabe oder eine auf Unwahrhaftigkeit beruhende Entstellung der Äußerung Professor Cohns dar.

Die unterzeichneten Verbände sehen darüber hinaus in der Erklärung des „Wasseringes“ usw. eine Androhung einer Unterdrückung der freien Meinungsäußerung eines Dozenten, die jedem deutschen Staatsbürger in der Verfassung gewährleistet ist. Sie erklären in der Antikündigung, daß nicht eher an unserer Universität Ruhe und Ordnung herrschen könne, bis Professor Cohn verdrängt sei, die feste Absicht der „nationalen“ Studenten, die akademische Lehr- und Lernfreiheit mit Gewalt zu unterbinden.

Die unterzeichneten Verbände erwarten, daß sich der Große Senat zu einer derartigen Herabwürdigung unserer Universitäten nicht hergeben wird und fordern vom Ministerium, sich mit allen verfügbaren Mitteln des Staates gegen eine etwaige Diffamierung der akademischen Rechte und Geistesgüter zu verwahren.

Breslau, den 13. Januar 1933.

Sozialistischer Hochschülerbund
Deutscher Studentenverband
Sozialistische Studentenschaft
Verbindung im R. A. „Justitia“
Akademischer Wissenschaftlicher Verein im R. A. R. B. und S. A. C.
Freie Wissenschaftliche Vereinigung im R. A. R. B.
Bund „Kamrad“ im R. A.

Aus dem Fenster gestürzt

In der Nacht zu Mittwoch, kurz vor Mitternacht, stürzte sich der 62jährige Steuerberater K. aus dem Fenster seiner im zweiten Stockwerk eines Hauses in der Kirchstraße gelegenen Wohnung auf die Bürgersteig, wo er mit lebensgefährlichen Verletzungen von einem Straßenpassanten gefunden wurde. Dieser verständigte die Polizei, die sofort die Einlieferung in das Altes-Hospital veranlaßte, wo jedoch nur noch der inzwischen eingetretene Tod festgestellt werden konnte.

In der Nacht zu Donnerstag wurde die 62jährige Witfrau K. in ihrer Wohnung in der Pöpelowitzstraße tot vor ihrem Sofa aufgefunden. Sie hatte sich mit Gas vergiftet und dürfte bereits mehrere Tage gealtert haben.

Sozialdemokratische Partei

Postfachnummer 110
Telefonnummer 2000-2001
Gedruckte auf Sonnabend von 1-4 und 6-11 Uhr

Achtung, Bezirksführer!

Es fehlen immer noch die Berichtsbogen der Versammlungen der Bezirksgruppen.

Abteilung Jünger Stadt, Freitag 20 Uhr, Abteilungsvorversammlung, 18.30 Uhr, Bezirksversammlung, Thema: Wahl der Abteilungsleiter. Funktionäre müssen erscheinen.

Abteilung Jünger Stadt, Samstag, 20.1.33, 10.30 Uhr, Wahl der Abteilungsleiter. Vorberathungen der Vorstände für den Bezirksparteitag.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, im Volkshaus, Wahl der Abteilungsleiter. Funktionäre müssen erscheinen. Tagesordnung: Wahl der Abteilungsleiter. Funktionäre müssen erscheinen.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Abteilung Süd, Freitag 20 Uhr, Erwerbslosenheim Gutschkestraße 8, Abteilungs-Vorversammlung.

Abteilung Ost, Sonnabend 19.30 Uhr, Erwerbslosenheim Schlegelstraße 30, Abteilungs-Vorversammlung. Referent: K. U. J. C. z. z. z. z.

Wegen Blutschande verhaftet

Gestern nahm die Kriminalpolizei einen Bäckergehilfen in seiner Wohnung in der Kusterstraße in Haft, da sich gegen ihn der dringende Verdacht richtete, sich an seiner 13jährigen Tochter vergangen zu haben. Der Festgenommene, der die Verdächtigungen bestritt, wurde dem Amtsgericht zugeführt.

Spezialzüge der Reichsbahn

Sonnabend, den 14. Januar, verkehrt nur der Spezialzug Breslau Hbf. ab 13.46, Hausdorf Kreis Waldenburg an 15.33 Uhr. Sonntags, den 15. Januar, dagegen verkehren folgende Sonderzüge: Breslau Frba. Hbf. ab 8.12, Hirschberg Hbf. an 8.12 Uhr; Ruhbau ab 7.49, Landeshut an 7.57, Hirschberg an 9.35 Uhr; Hirschberg Hbf. ab 19.36, Breslau Frba. Hbf. an 21.35 Uhr; Hirschberg ab 8.22, Dittersbach Hbf. an 9.19, Krummhübel an 9.06 Uhr; Schmiedeberg ab 18.54, Krummhübel ab 18.36, Hirschberg Hbf. an 19.26 Uhr; Hirschberg Hbf. ab 8.31, Jakobsthal an 9.50; Josephinenhütte ab 18.23, Hirschberg Hbf. an 19.22 Uhr; Jakobsthal ab 18.23, Hirschberg Hbf. an 19.30 Uhr; Polan ab 8.50, Jakobsthal an 9.10 Uhr; Jakobsthal ab 9.52, Polan an 10.13 Uhr; Breslau Hbf. ab 5.48, Bad Charlottenbrunn an 8.12 Uhr; Bad Charlottenbrunn ab 18.55, Breslau Hbf. an 21.11 Uhr; Breslau Hbf. ab 3.42, Mittelwalde an 8.32; Mittelwalde ab 19.03, Glas Hbf. ab 20.10, Breslau Hbf. an 21.49 Uhr; Glas Hbf. ab 7.44, Bad Rudowa-Sadisch an 9.19 Uhr; Bad Rudowa-Sadisch ab 18.12, Glas Hbf. an 19.52; Glas Hbf. ab 7.49, Seitenberg Gräflich Glas an 8.55 Uhr; Seitenberg ab 18.46, Glas Hbf. an 19.45 Uhr; Strehlen ab 4.38, Breslau Hbf. an 5.30 Uhr. Ganz besonders wird darauf hingewiesen, dass erhaltene verschweisste der Wochenenda 1099 Breslau Hbf. ab 13.46 Uhr nach Hausdorf-Willemalersdorf verkehrt.

Reichsverbilligungsscheine

für Fleisch und andere Lebensmittel und für Kohle in den Monaten Januar bis März

Die Verbilligung erfolgt auf Grund eines von der Reichsregierung herausgegebenen Verbilligungsscheines, der nicht übertragbar ist. Für den Schein in rosa Farbe wird die Verbilligung auf jeden seiner vier Abschnitte für 1 Pfund frisches Rindfleisch oder frisches Schweinefleisch einschließlich Knochen und Knochen (Knochen) oder 1 Pfund frische Wurstwaren von Rind und Schwein gewährt. Beim Einkauf geringerer Mengen als ein Pfund tritt keine Verbilligung ein. Je einmal im Monat können an Stelle eines Pfundes frisches Fleisch oder frische Wurstwaren ein Pfund Schmalz oder mindestens zwei Pfund frischer Seesalz oder ein Roggenbrot von mindestens 2 1/2 Pfund bezogen werden. Kinderreiche, die noch einen zweiten Verbilligungsschein (weiß) erhalten, können an Stelle je eines Pfundes Fleisch usw. wahlweise mindestens 1 1/2 Liter frischer Milch kaufen. Die beiden Abschnitte des Kohlenverbilligungsscheines (grün) können mit je einem Zentner Steinkohle, Braunkohle oder Koks beliefert werden. Der verbilligte Preis muß für die angegebenen Waren jeweils 30 Pfg. unter dem Tagespreis oder dem für Unterkümpfempfänger etwa ermäßigten Preise liegen. Die Verkaufsstellen, die diese Reichsverbilligungsscheine beliefern wollen, sind durch Aushang kenntlich zu machen. Die Abschnitte der ersten Verbilligungsscheine gelten für den ganzen Monat Januar. Eine Verwendung der Abschnitte nach Ablauf der ausgedruckten Gültigkeitsdauer ist unzulässig. Abgetrennt dürfen die einzelnen Abschnitte nur von dem Verkäufer werden, und zwar nur nach Abgabe mindestens der angegebenen Warenmenge. Der Verkäufer entwertet jeweils den Abschnitt durch Aufdruck seines Firmenstempels unter Hinzufügung des Datums und reißt die Abschnitte möglichst durch seinen Verband jedesmal zusammen für den Zeitabschnitt, für den sie gelten, bis zu dem auf ihnen angegebenen Tage an die vom Städtischen Fürsorgeamt eingerichtete Abrechnungsstelle. Neue Weltgasse 6/10 II., zur Einföhrung ein. Die Januarabschnitte sind dort in der Zeit, vom 25. Januar bis 9. Februar 1933 zur Einföhrung vorzulegen. Spätere Einföhrung ist ausgeschlossen.

Belieferung und Abrechnung

der vom Städtischen Fürsorgeamt ausgegebenen Brotgutscheine

Den Schöhlungen des Fürsorgeamtes ist für jeden zur Belieferung vorgelegten Brotgutschein ein aus 60 bis 65 Prozent ausgemahltem Roggenmehl in Breslauer Bäckereien hergestelltes sogenanntes „Tafelbrot“ zu verabfolgen. Andere Brotorten, z. B. sogenanntes Landbrot kommen für die Belieferung nicht in Betracht. Dagegen ist die Abgabe von billigerem Brot unter Zugabe von Semmeln unzulässig. Die beliefernden Brotgutscheine sind vom Lieferanten auf der Rückseite durch Stempel oder Namenszug zu entwerfen. Ferner ist auf der Vorderseite in der hierfür vorgesehenen Zeile der Ausgabebetrag einzutragen. Das Fürsorgeamt vergütet für jeden dieser Brotgutscheine je Pfund Brot 15 Pfennig, abzüglich 6 Prozent Rabatt. Die Scheine sind mit einer Rechnung im Zimmer 57, Schulstraße 30 I. Stad., zur Begleichung vorzulegen. Der Betrag wird durch die Post überwiesen, deshalb ist die leserliche Bezeichnung von Namen und Wohnung unerlässlich. Zur Abrechnung der beliefernden Gutscheine sind von jetzt an nur noch die im Stadtgebiet Breslau anliegenden Brotbäckereien oder deren Organisationen zugelassen. Von anderen Geschäften vorgelegte Brotgutscheine können zur Abrechnung nicht angenommen werden. Diese Geschäfte müssen die von ihnen vereinnahmten Gutscheine mit ihren Brotlieferanten verrechnen, die sich hierzu ausdrücklich bereit erklärt haben. Jedes Geschäft, das Brotgutscheine nach den vorstehenden Bedingungen beliefert, hat dies durch einen Aushang kenntlich zu machen, der etwa folgenden Wortlaut haben soll: „Auf häßliche Brotgutscheine erhalten Sie hier nur das gute Tafel-Roggenbrot.“

28. offene Singstunde der Volkshochschule

Sonnabend, den 14. Januar, 20 Uhr, in der Aula des Magdalenengymnasiums, Parkstraße 18/26. Diese Veranstaltung, die sich in monatlichen Abständen wiederholen soll, wendet sich an die breiteste Öffentlichkeit und soll also eine Stunde mit Volksliedern in fröhlichem gemeinsamen Singen alle Kreise und Altersstufen vereinen und die alte, heute wieder von vielen Gruppen gepflegte Freude am Lied und am gemeinschaftlichen Gesang zum Allgemeinut des Volkes machen helfen. Thema der 28. Singstunde: Lieber zum neuen Jahr. Untertitelbeitrag 10 Pf.; Singblätter werden verteilt. Fahrräder können kostenlos eingestellt werden.

Gilberchheit

feiert heute der Schmied Ernst Melzig und seine Ehefrau, Weichstraße 11. Ist langjähriger Partei- und Gewerkschaftsmitglied und langjähriger Leiter der „Volkswacht“. Wir gratulieren.

Deutscher Arbeiter-Mandolinisten-Bund

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des D.M.B. findet am Montag, dem 23. Januar, 20 Uhr, im „Schiefwerder“ ein Mandolinisten-Konzert statt. Wir bitten alle Parteigenossen, Gewerkschafter, Freunde und Gönner unserer Bewegung um zahlreichere Unterstützung. Eintritt 15 Pf.

Wintersport zum Winterpark ins Culengebiet

Der Schließliche Verkehrsverband veranstaltet, nachdem die Schneeverhältnisse in den schließlichen Gebirgen in den letzten Tagen nunmehr gute geworden sind, am Sonntag, 15. Januar, eine Autofahrt nach Dorsdorf. Abfahrt 6.30 Uhr Breslau Lauenzienplatz/Südweste, Rückfahrt 17.30 Uhr. Die Wagen sind gegen Aufpreis zu vermieten. Sportgerät wird mitgenommen. Nummerierte Fahrkarten zum Preise von 3.50 RM. für Hin- und Rückfahrt sind in der Geschäftsstelle des Schließlichen Verkehrsverbandes, Gartenstraße 96 I, Tel. 524 21, von 8 bis 10 Uhr zu haben.

Proleten-Wochenspielplan

Die Gräfin von Monte Christo — Das Ende von Marabu — Zwei erstrangige Filmwerke in deutscher Sprache

Eine phantastische Erzählung aus den Urwäldern von Borneo nennt sich „Das Ende von Marabu“. In die unheimliche Wildnis zu einem erotischen Erlebnis führt dieser Film in deutscher Sprache. Er zeigt Bilder von nie gezeigter Schönheit mit ungeheuren Bauten in einer phantastischen Pracht. Vollendete Aufnahmen vom Ausbruch eines Vulkans mit allen seinen Schrecken machen den Film zu einem Ereignis, dazu kommt eine unerhörte, packende Handlung, die den Zuschauer vom Anfang bis zum Ende in Spannung hält. Als zweites großes Werk der modernen Tonfilmkunst zeigt das Wochenprogramm: „Die Gräfin von Monte Christo“. Ein Hochkapitelmärchen unserer Tage mit einer Kette von planvollen Einfällen mit Witz und Spannung ist dieser Film. Eine kleine Filmgenusspielerin steigt trotz in ein Luxusauto ein — und schon wird aus der früher unheimlichen Frau ein von aller Welt umschwärmtes Mondkätzchen. Die Fahrt im fremden Automobil wirkt als „Sesam-öffne-dich“, führt zu den geheimnisvollen und pikanten Abenteuer. Die neue Tommoche mit den wiederum sehr zeitgemäßen Bildern runden das Programm, das nicht nur glänzende Unterhaltung verspricht, sondern in jeder Weise hält.

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer

Eine sicher sehr amüsante Plauderei von Robert Marlik „Fortsetzung folgt — nicht!“ bezeichnet das Freitagprogramm um 18 Uhr. Um 19 Uhr spricht Berufsberater Arnold über „Handwerkliche und technische Berufe in Handwerks- und Industriebetrieben“. Ein „Europäisches Konzert“ wird um 21 Uhr aus Turin übertragen.

Sterbehilfs-Zusuchtkasse der Arbeiter und Beamten der Vinkel-Hofmann-Werke

Generalversammlung Sonntag, den 15. Januar, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Lannenhof“, Berliner Straße 20. Mitgliedsbuch berechtigt zum Eintritt.



Am Schlesiens Fußballmeisterschaft

Endspiel am Sonntag um 14 1/2 Uhr auf dem VfL-Platz in Gendau:

Falke-Breslau — Falke-Goldberg.

Nach mannigfaltigen Kämpfen, angefangen in den einzelnen Bezirken, bis in die Rundenspiele der Bezirksmeister, sind am Schließens Fußballmeisterschaft ausgemacht worden. Es ist erfreulich, daß nach dreijähriger Pause wieder einmal der Breslauer Meister den Weg in das Endspiel gefunden hat. Sechs Gruppenmeister standen im Spätherbst bereit den Kampf um Breslauer Fußballmeisterschaft aufzunehmen. Wiederum erwies sich Falke als die beste Mannschaft. Die Ermittlungsspiele für den Kreisgruppenmeister der Kreisgruppe I, in welcher Falke Breslau, VfL, Sparta, Sparta Gleiwitz und Freie Sportfreunde Langenbielau, zusammengefaßt waren, brachten abermals spannenden Kampf. Man kann aber auch hier ohne Zweifel Falke Breslau als die beste Mannschaft bezeichnen, denn das Glück steht auf die Dauer nur dem Tüchtigsten bei. Zunächst aber einige Worte über Falke Goldberg. Diese Mannschaft ist seit ihrem Bestehen zum zweitenmal Bezirksmeister. 1931 lösten sie den sechsjährigen Bezirksmeister Vorwärts Hagnau ab. Im Kreismeisterschaftsspiel aber hatte sie Pech. Sie traf damals auf die in Hagnau befindlichen Freien Sportfreunde, den späteren Kreismeister 1931. 1932 wurden sie abermals Bezirksmeister und das, was 1931 nicht möglich war, gelang im Vorjahr. Der Berglandsmeister wurde in einem Spiel, wie es Waldenburg nicht oft sah, 3 : 1 geschlagen. VfL Sagan mußte sogar mit 7 : 3 daran glauben und im Endspiel um den Kreisgruppenmeister der Gruppe II wurde der VfL Gorkitz in Hagnau 2 : 1 abgefertigt. Der Weg zum Endspiel war erstmalig frei. Das ist der Gegner, dem der Breslauer Meister am kommenden Sonntag zum zweitenmal gegenübersteht.

Der Breslauer Meister mußte, daß von dem Spiel am vorigen Sonntag in Liegnitz sehr viel, wenn nicht alles, abhing. Die Ruhepause, die zwischen dem vorletzten Spiel und dem Spiel in Liegnitz lag, ist ansehnend sehr gut ausgenutzt worden.

Der kommende Sonntag wird uns also in Breslau als Ereignis des Monats Januar das Endspiel um die schlesiens Fußballmeisterschaft bezeichnen. Die Aufstellungen, in denen die beiden Kontrahenten antreten, sind dieselben, wie in Liegnitz und lauten wie folgt:

Falke Goldberg, Spielkleidung weiße Hose, rotes Hemd.
Gabel I Gabel II
Kolotowski Kroschke
Gabel IV Grabis Gabel III Schlicht
Bohl II Hoffmann Junge Pusch Leuchner
 Cramer Herzog Kuffner
 Bohl I Schwabe
 Müller

Falke Breslau, Spielkleidung weiße Hose, weißes Hemd.

Breslauer Arbeiterportler warten mit großer Spannung auf diesen Endkampf, der als Schlussspiel unter die Spielkategorie 1932 gezogen werden soll. Es ist unmöglich, daß man im voraus irgendwelche Angaben über den Sieger treffen kann. Es besteht sogar die große Möglichkeit, daß bei dem ausgeglichenen Können abermals ein Unentschieden zustandekommt. Das würde bedeuten, daß ein drittes Spiel notwendig ist. Eines aber steht fest: bei dem ausgesprochenen Siegeswillen beider Mannschaften, bei der kaum zu überbietenden Energie und der Ausdauer, ist mit einem Spiel zu rechnen, wie es die Breslauer Arbeiterportler schon lange nicht mehr sahen. Knipfen beide Mannschaften an die Form des Spieles in Liegnitz an, dann gibt es einen Großkampf und zugleich ein Werbeispiel für die Idee des Arbeiter-Fußballportles.

Breslauer Arbeiterportler und Breslauer Fußballfreunde werden sich deshalb am kommenden Sonntag ein Steidchen auf dem VfL-Platz in Gendau geben, um selbst zu sehen, wer von den beiden Falke der Bessere ist.

Vor dem Meisterschaftsspiel der Großen werden sich J.S.B. 1. Jugend und Eiche Tebrnit 1. Jugend im Endspiel um die Breslauer Bezirksjugendmeisterschaft gegenüberstehen. Das Jugendspiel beginnt um 13 Uhr, das Kreismeisterschaftsspiel um 14.30 Uhr. Die Eintrittspreise sind der Zeit entsprechend äußerst niedrig.

Weitere Spiele: Da am Sonntag für Groß-Breslau Spielverbot besteht, kommen bereits am Sonnabend einige Gesellschaftsspiele zum Austrag. In Deutsch-Lissa wird Union über Herrprotich einen hüben Sieg erringen. Vollständig offen ist der Ausgang des Spieles J.S.B. — Wader im Bebelpark. — Auf dem Rotweißplatz werden sich Einheit und 1924 einen interessanten Kampf liefern. — Beachtet man die Resultate der letzten Sonntage, dann müßte Eintracht über 1921 am Bäckereischlagreich sein. — Am Sonntag gibt es nur Spielbetrieb in Strehlen, die sich den Bezirksmeister des 5. Bezirkes, VfL, Brieg, verpflichtet haben. In dem zu erwartenden Großkampf würde ein Sieg Strehlens nicht überraschen. — Fortuna und Jordansmühl werden sich in Jordansmühl ein ausgeglichenes Rennen liefern. — Auch in Janowitz läme ein Unentschieden zwischen Eintracht Janowitz und Diana nicht unerwartet. — In Lanitz dürfte Clarenzanz einer hohen Niederlage nicht entgehen.

Handballgesellschaftsspiele für Sonntag, den 15. Januar

9,00 Uhr: 4. Abt. II — 2. Abt. II; Lohrweide; 6. Abt.
10,10 Uhr: 4. Abt. I — 2. Abt. I; Lohrweide; 73.
9,10 Uhr: 7. Abt. III — 1. Abt. III; Eichenpark; 5. Abt.
10,30 Uhr: 7. Abt. I — 6. Abt. I; Eichenpark; 54.
10,00 Uhr: 1925 Jugend — 5. Abt. Jugend; Brüdenau; 1911.
11,10 Uhr: 1. Abt. Schüler — 1925 II Schüler; Eichenpark; Verein.
13,30 Uhr: 1. Abt. II — 9. Abt. II; Eichenpark; 1925.
14,30 Uhr: 1. Abt. I — 6. Abt. I; Eichenpark; 55.
14,00 Uhr: 6. Abt. III — Maröwisch I; Ostpark; 2. Abt.
10,00 Uhr: 8. Abt. IV — 5. Abt. III; Ostpark; Freie Schwimmer.
13,00 Uhr: Stabelwisch Jugend — Deutsch-Lissa Jugend; Stabelwisch; 7. Abt.
14,10 Uhr: Stabelwisch II — Deutsch-Lissa II; Stabelwisch, 1897.
15,15 Uhr: Stabelwisch I — Deutsch-Lissa I; Stabelwisch; 50.
13,30 Uhr: Freie Schwimmer II — 5. Abt. II; Stadion; Sil.-Kid.
14,40 Uhr: Freie Schwimmer I — 5. Abt. I; Stadion; 26.
9,30 Uhr: Silecia-Riders II — 1925 III; Stadion; 12. Abt.
10,40 Uhr: Silecia-Riders I — 1925 I; Stadion; 8.

Winterport

Übungskunden für Eislauf finden von Sonnabend, den 14. Januar, jeden Montag, Mittwoch und Sonnabend, 19 Uhr, statt. Leitung: Hoffmann, 5. Abt. J.T.B.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

2. Turnfrauen-Abteilung. Sonnabend, 19 Uhr, im Heim Sepulchstraße: Funktionärversammlung. Winterportier siehe Schulnoten. Erster Gymnastikabend der Frauen 16. Januar, 19,40 Uhr.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer Breslau

Jugendabteilung. Die Ortsgruppen-Jugendauschuss-Sitzung am 15. Januar findet nicht statt. — Am gleichen Tage von 18—22 Uhr: Filmabend im Heim, Michaelisstraße 36. — Sonnabend: Kartelljugendversammlung. — Kindergruppe: 15. Januar, 17—19 Uhr: Filmabend im Heim, Michaelisstraße 36. — Kraftfahrereabteilung: 13. Januar, 20,30 Uhr: Vorstandssitzung im Zentralballsaal. — Bezirk 1: 15. Januar: Bezirkskraftraher-Konferenz in Breslau im Zentralballsaal, Westendstraße 50.

Arbeiter-Samariter-Bund

Folgende Abteilungsgeneralversammlungen finden statt: 4. Abteilung. Handsfeld, heute 20 Uhr, im Lokal „Stadt Wraschau“. 1. Abteilung. Sonnabend, bei Rahn, Westendstraße 37. 5. Abteilung. Sonnabend, bei Klante, Hochstraße.

Schachnachrichten

Schachnachrichten. Sonntag, den 15. Januar findet im Schachheim, Gewerkschaftshaus, Zimmer 9, ein Blüturnier statt. Beginn 17 Uhr. Gäste herzlich willkommen.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie

Wie uns die Staatliche Lotterie-Einnahme Arndt, Breslau 5, gegenüber Wertheim, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen:

Gewinnauszug

4. Klasse 40. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag 11. Januar 1933

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 5000 M. 80792
8 Gewinne zu 3000 M. 214212 240138 252299 278400
8 Gewinne zu 2000 M. 37602 123533 200579 382486
28 Gewinne zu 1000 M. 8718 12408 45684 47651 58292 83478
98164 114127 188819 293658 370395 376052 376876 380074
48 Gewinne zu 800 M. 20712 22177 22981 25383 46392 61782
96132 116134 157097 183457 189207 202680 220654 225077 228756
242351 270081 289208 373352 322196 332216 337116 338139 364736
42 Gewinne zu 500 M. 94975 103264 111816 144413 150529 176924
217393 224976 280361 297828 298037 295908 303989 307388 337801
346437 347632 362429 366330 378535 378887

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 61485
2 Gewinne zu 5000 M. 344585
2 Gewinne zu 3000 M. 14386
10 Gewinne zu 2000 M. 129083 150806 197393 280094 399157
24 Gewinne zu 1000 M. 22098 42633 82600 97723 107654 167133
194867 205252 290539 312211 322766 370425
48 Gewinne zu 800 M. 22104 25781 37183 42374 48217 53169
67375 70711 86926 127092 142361 143848 153063 170130 181919
198073 205621 214889 250152 290403 353328 380904 387679
48 Gewinne zu 500 M. 17848 57139 88097 89167 105886 125280
125288 128477 148732 154732 184730 194223 200118 227031 244050
263185 316730 339154 341592 366119 363840 368506 378554 399364

Gewinnauszug

4. Klasse 40. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

2. Ziehungstag 12. Januar 1933

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 7749
8 Gewinne zu 5000 M. 2819 92290 95502 153048
8 Gewinne zu 3000 M. 10948 32627 171119 283503
8 Gewinne zu 2000 M. 6245 19200 54456 83281
18 Gewinne zu 1000 M. 41522 76166 181825 231455 241004 278660
289927 310847 389475
28 Gewinne zu 800 M. 42924 45412 66130 107498 114612 187270
251495 275754 317003 324173 348849 346878 351410 394748
56 Gewinne zu 500 M. 26191 34926 43879 78323 85234 90188
183336 110895 121092 121424 23319 143039 160390 126826 180758
193810 21081 21898 22172 231594 239050 243452 276734 284187
302897 312568 319820 341642

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 50000 M. 33325
4 Gewinne zu 10000 M. 54709 208464
2 Gewinne zu 3000 M. 191137
4 Gewinne zu 2000 M. 21188 50028
30 Gewinne zu 1000 M. 14412 18837 18932 43291 68948 112038
130917 147664 198972 214516 278305 289885 288663 326151 341086
28 Gewinne zu 800 M. 13098 38356 36487 80198 81207 108922
186554 232191 250082 203178 310685 261061 388480 399223
34 Gewinne zu 500 M. 82898 63805 88731 89074 141892 148718
193380 208140 207738 202648 218840 218719 219030 232816 260510
251284 262955 268649 268594 272088 281082 285395 304337 305624
345550 347385 381977

Die Ziehung der 5. Klasse der 40. Preussisch-Süddeutschen (266. Preuß.) Staats-Lotterie findet vom 8. Februar bis 14. März 1933 statt.

Waffentand

Katzen	13. 1	17. 1	Kanzen (Unter-Vegel)	13. 1	12. 1
Nehle (Stadt)	0.79	0.74	Dobermund	0.69	0.78
Reigmünd. (Unt.-Vegel)	1.82	1.87	Darmstadt	1.48	54
Reigmünd. (Ober-Vegel)	1.47	1.64	Hildesheim vom 12. 1.	0.11	
Reigmünd.	0.66	0.78	Polsterwärm	0.0	

Gibt Euro Anzeigen der Volkswacht!

Paul Boncour's Sage fielecht

Wegen Chérons Finanzpläne

Paris, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht)

Die parlamentarische Lage für die Regierung Paul Boncour verwickelt sich von Tag zu Tag in dem Maße, in dem Einzelheiten über die Finanzpläne Chérons durchsickern.

Die Beamtenverbände haben die Regierung bisher vergeblich zum Verzicht auf Gehaltssteigerungen zu bewegen versucht. Die sozialistische Kammerfraktion ist mit den Gewerkschaften solidarisch. Sie wird gegen die Kürzung der Beamtengehälter und gegen die Erhöhung der indirekten Steuern, die eine Verringerung des Lebensunterhalts zur Folge haben müssen, stimmen. Die Fraktion Marin wird die Finanzpläne der Regierung wegen der Erhöhung zahlreicher Steuern gleichfalls ablehnen. Nicht einmal der geschlossene Unterstützung der Radikalen ist die Regierung sicher. Auch einige radikale Minister, wie Bonnet und Chaumont, sind gegen die Finanzpläne Chérons.

Paris, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht)

In der französischen Kammer hielt der wiedergewählte Kammerpräsident Bouisson zu Beginn der Donnerstag-Sitzung seine Antrittsrede. Dann beschloß das Haus auf den Antrag des Vorkommensausschusses, am Freitag nachmittag die Debatte über die Amnestievorlage und am nächsten Freitag die Interpellationsdebatte über den Brand der „Atlantique“ zu beginnen.

Im Senat ist am Donnerstag der bisherige Präsident Jeanneney, der der radikalen Partei angehört mit 254 von 260 Stimmen wiedergewählt worden.

Der Konflikt verschärft sich

Paris, 13. Januar. (Eigener Funtbericht)

Der Konflikt zwischen den Sozialisten und Beamten-Gewerkschaften hat sich am Donnerstagabend weiter verschärft. Nach einer Unterredung, die eine Abordnung der Beamtenhaft unter Führung von Souhaiz mit Paul Boncour und Chéron hatte, und die wieder ergebnislos verlief, hat das Kartell ein Communiqué veröffentlicht, in dem es für nutzlos erklärt wird, die Verhandlungen mit der Regierung fortzusetzen. In später Nachtstunden wurde aber bekannt, daß die Verhandlungen doch noch nicht endgültig abgebrochen worden seien und daß vielleicht eine Aussprache zwischen den Beamten-Gewerkschaften und der Regierung stattfinden werde.

Die sozialistische Fraktion hat beschlossen, heute eine Abordnung unter Führung von Leon Blum und Vincent Auriant zum Ministerpräsidenten zu entsenden, um ihn zu bitten, ihnen die vom Finanzminister ausgearbeiteten Vorschläge sofort mitzuteilen, da die Fraktion sonst nicht für die von der Regierung verlangte sofortige Beratung des Finanzprogramms stimmen könnte. Außerdem soll die Abordnung dem Ministerpräsidenten die Grundlinien des Gegenentwurfs mitteilen, den die Fraktion den Finanzplänen Chérons in der Kammer entgegenstellen will, falls der Finanzminister nicht in verschiedenen Punkten nachgibt.

Reinfall Herriots

Paris, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht)

Die Parlamentarische Fraktion der Radikalen Partei wählte am Donnerstag gegen Herriots Widerspruch den Abgeordneten Francois Albert wiederum zu ihrem Vorsitzenden. Albert zählt zu dem linken Flügel seiner Partei und hat mit anderen Radikalen bei der entscheidenden Schuldendebatte gegen das Kabinett Herriot gestimmt. Am Herriot für seine Niederlage zu trösten, sprach ihm die Fraktion später ihr Vertrauen aus.

Belgiens Arbeiter gegen die Sozialreaktion

Proteststreiks und riesige Demonstrationen

Brüssel, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht)

Die Protestbewegung der belgischen Arbeiterschaft gegen die Steuerpläne der Regierung nimmt mit jedem Tag größeren Umfang und schärfere Formen an.

Am Donnerstag traten mit wenigen Ausnahmen die Belgischen Gewerkschaften des großen zentralen Industriegebietes des Hennegaus in einen vierundzwanzigstündigen Proteststreik. Es wurde eine musterhafte Ruhe und Disziplin bewahrt. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß es noch zu größeren Schwierigkeiten kommt, da zahlreiche Eisenindustrielle und Maschinenbauer damit gedroht haben, die Betriebe vor Montag nicht wieder zu öffnen. Im Borinage, wo es bereits zu vereinzelten Streiks im Kohlenbergbau gekommen ist, scheint sich die Bewegung auszudehnen. Im Gebiet von Charleroi herrscht insbesondere unter den Bergarbeitern eine erregte Stimmung. Außerdem fanden am Donnerstag in einer ganzen Reihe von anderen Industriegebieten und Großstädten große Straßen Demonstrationen statt, so namentlich in Brüssel. Nach einem gewaltigen Umzug durch die Hauptstadt fand eine Riesensammlung statt, in der Vandrövelde scharf mit der katholisch-liberalen Regierung abgerechnet.

Die Protestbewegung scheint nicht nur auf die öffentliche Meinung, sondern auch auf die Regierung selbst einen gewissen Eindruck gemacht zu haben. Obwohl die Minister immer wieder betonen, daß sie sich durch die angeblich revolutionären Drohungen der Arbeiterpartei nicht einschüchtern lassen würden, scheint die Regierung jetzt geneigt zu sein, den Forderungen der Sozialisten gewisse Zugeständnisse zu machen, insbesondere in Bezug auf die Arbeitslosenunterstützung und die Befreiung der niedrigen Arbeitseinkommen von der neuen Erwerbssteuer. Der Kampf geht indessen sehr energisch weiter.

Auswärtiger Ausschuß soll Japan vornehmen

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, den nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Fried, aufgefordert, auf die Tagesordnung der zu Freitag, den 20. Januar anberaumten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses die Beratung des japanisch-chinesischen Konflikts zu setzen.

Farmerhilfsgesetz angenommen

Washington, 13. Januar. (Eig. Funtbericht)

Das amerikanische Repräsentantenhaus nahm mit 203 gegen 151 Stimmen die von Roosevelt befürwortete Vorlage zur Unterstützung der Farmer an. Das Gesetz sieht Zuschüsse für mehrere Farmerprodukte vor, darunter Weizen, Baumwolle, Reis und Tabak, und zwar in Höhe eines Preisvergleichs zwischen den gegenwärtigen Marktpreisen und den Kriegspreisen. Die Zuschussgewährung ist an die Voraussetzung einer gewissen Einschränkung der Anbauflächen geknüpft. Die Gesamtausgaben zur Unterstützung der Farmer werden auf 700 Millionen Dollar geschätzt. Dieser Betrag soll durch eine Verbrauchssteuern aufgebracht werden.

Wieder einer gemahregelt

Diesmal trifft es das Zentrum Und das — nimmt es ohne Protest hin

Der Leiter der Polizeibehörde im Preussischen Ministerium des Innern, Ministerialdirektor Klausner, ist jetzt ebenfalls ein Opfer der deutschnationalen Kommunisten. Klausner wird als Ministerialdirektor in das unpolitische Reichsverkehrsministerium versetzt. Klausners Zugehörigkeit zum Zentrum und sein Amt als Leiter der katholischen Aktion in Berlin haben seine Mahregelung nicht verhindern können.

Wie gegen alle republikanischen Beamten, die in letzter Zeit auf die Strahe gesetzt wurden, ist auch gegen Klausner von deutschnationaler Seite seit Monaten eine große Heilmkampagne betrieben worden. Er wurde beschuldigt und angegriffen, trotzdem er im Zentrum auf dem rechten Flügel steht und gesinnungsmäßig mit den Deutschen nationaler mancherlei gemein hat. Alles das hat ihm nichts genützt. Er mußte aus dem Preussischen Innenministerium verschwinden, weil auch sein Amt seit langer Zeit von deutschnationalen Gütertreppenjägern begehrt wird, die Preussens Polizei nach dem Willen der deutschnationalen Partei nach rein militärischen Maßstäben aufziehen sollen. Vorläufig ist allerdings noch kein Nachfolger für Klausner bestimmt. Bis auf weiteres wird ein alter rechtsstehender Ministerialdirektor seine Dienste als Leiter der Polizei-Abteilung versehen. Aber nur bis auf weiteres. Daß dann ein Deutschnationaler, reaktionärer Sorte an Klausners Stelle treten soll, ist schon heute so sicher wie das Amen in der Kirche und ebenso sicher wie Klausner gemahregelt wurde.

Im Reich toleriert das Zentrum nach wie vor die Regierung des Herrn Schleicher, der als Reichskommissar für Preußen auch für die Verletzung Klausners von einem wichtigen politischen Amt in ein unpolitisches Ministerium verantwortlich zeichnet. So erklärt jetzt auch das Zentrum was von Schleichers Verhöhnungsgerede zu halten ist. Es ist, wie Otto Weis heretisch in seinem Neujahrswort feststellte hat, nichts als Bluff!

Im Zusammenhang mit der Verletzung des Leiters der Polizeibehörde im Preussischen Ministerium des Innern meldet ein Berliner Morgenblatt, daß die deutschnationalen Preußenkommissare die Absicht haben, auch die zurzeit unbesetzte Stelle des Staatssekretärs im Innenministerium zu belegen. Als Minister für dieses Amt ist von den deutschnationalen Kommissaren selbstverständlich ein deutschnationaler Parteigänger in Aussicht genommen. Es ist der deutschnationaler Landrat Herbert v. Bismard, der nach dem Stahlhelm-Volk begehren zur Auflösung des Preussischen Landtages von Sebering seines Amtes enthoben wurde. Der Landrat hatte sich an dem Stahlhelm-Volkenscheid beteiligt und die preussische Staatsregierung öffentlich in unqualifizierter Weise angegriffen.

Die „Germania“ weiß zu der Mahregelung des dem Zentrum angehörenden Ministerialdirektors Klausner nichts anderes zu bemerken, als daß der Kopf Klausners seit dem 20. Juli, also seit der Reichserkennung gegen Preußen von gewissen Rechtskreisen wiederholt gefordert worden sei.

Beschlüsse des Reichstags

Staatsverträge über die Anwendung der Sozialversicherung — Richter für den Staatsgerichtshof

Der Reichstag stimmte am Donnerstag einer Reihe von Gesetzesentwürfen über Verträge zu, die Deutschland mit anderen Staaten auf dem Gebiete der Sozialversicherung abgeschlossen hat. Dabei handelt es sich zunächst um einen Gelehrtenvertrag zwischen Deutschland und der tschechoslowakischen Republik, worin die wechselseitigen Beziehungen zwischen beiden Staaten in den einzelnen Sozialversicherungen wie Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Knappschaftsversicherungen nach dem Grundgedanken der gegenseitigen Gleichberechtigung geregelt werden. Angehörigen des anderen Staates werde grundsätzlich die gleiche Behandlung wie den Angehörigen des eigenen Staates zugesichert. Eine Doppelversicherung, wie sie insbesondere bei den Bewohnern der Grenzgebiete möglich sei, werde vermieden. Ein gleichfalls angenommener Gelehrtenvertrag über einen Vertrag zwischen Deutschland und Polen begründet in ähnlicher Weise das allgemeine Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen der deutschen und der polnischen Sozialversicherung, das den Angehörigen beider Staaten zugute kommt.

Auch einem deutsch-französischen Abkommen stimmte der Reichstag zu, das in gleicher Weise die Gegenseitigkeit zwischen der deutschen und der französischen Sozialversicherung gewährleistet. Diese Regelung war jedoch nur möglich unter der Bedingung der Ausdehnung der Vertragsbestimmungen auch auf das Saargebiet, weil viele der beteiligten Arbeitnehmer auch Versicherungszeiten im Saargebiet zurückgelegt haben. Die Regierungskommission des Saargebietes ist daher, wie der Bericht erstatter mitteilt, dem Abkommen beigetreten, so daß versicherungsmäßig eine volle Freizügigkeit zwischen Deutschland und Frankreich auch für das Saargebiet bestehe. In einzelnen Punkten bedürfe es für diesen Vertrag noch gemeinsamer Ausführungsbestimmungen, die besonderen ergänzenden Vereinbarungen vorbehalten seien.

Schließlich bestimmte der Reichstag noch die von ihm zu be-

Aus Sowjetrußland geflohen



Bei Kita in Nordjapan landeten kürzlich diese drei Russen, die mit dem oben abgebildeten schwachen Boot aus Sowjetrußland geflohen waren. Zwei ihrer Leidensgefährten waren auf der Reise infolge der fürchterlichen Anstrengungen, Kälte und Hunger gestorben.

nennenden fünf Beisitzer und fünf Stellvertreter für die Kammer des Staatsgerichtshofs, vor der eventuelle Anklagen gegen den Reichspräsidenten, den Reichsanführer und Reichsminister durchzuführen sind. Unter den vom Reichstag benannten Persönlichkeiten seien der Präsident des Kammergerichts Tigges, der Kieler Universitätsprofessor Dr. Voelckel, Heffter, der Heidelberger Staatsrechtler Anshüh und der Senatspräsident am sächsischen Oberverwaltungsgericht Gebhardt-Dresden erwähnt. Weitere fünf Beisitzer und fünf Stellvertreter hat der Reichstag zu benennen.

Naziführer aus Lippe aus NSDAP. ausgetreten

Detmold, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht)

Der Gründer der Nazibewegung im Freistaat Lippe, Dr. Fuhrmann, hat den Gauparagraph im nationalsozialistischen Parteiverband niedergelegt und ist aus der Hitlerpartei ausgetreten.

Fuhrmann begründet seinen Austritt in einem Brief, in dem er sagt, er könne nicht länger einer Partei angehören, die ihre Grundzüge verleugne und das Zentrum zu einer nationalen Partei erkläre; zweitens sei weder der mit Hitler getriebene Sozialismus noch der Römischer Kulturbund zu ertragen und außer Röm gehen es noch ganz andere Fälle im Braunen Haus; drittens treibe die Hitlerpartei einen Zirkusakt wie der Wilhelm II.; fünftens bis neuntes sei die Partei voller Bonzen, Bürokraten und Sclavenjelen, mit denen kein Freiheitskampf geführt werden könne. Diese Bonzen lebten untereinander nur mit Stunt, Intriguen, Verleumdungen, gegenseitiger Beschimpfung und Sieger blieben dabei nicht die Tüchtigen und Fähigen sondern nur die Charakterlosen, die Gerissenen und die Besten Speichellecker! Deshalb sei für einen freien, aufrechten und christlichen Mann kein Platz mehr in der Hitlerpartei und deshalb bekenne er sich, ihr länger anzugehören.

Das bluttreifende Willkürregime

107 Hinrichtungen durch die Standgerichte — Auch 16—17jährige hingerichtet — Alle politischen Gefangnisse überfüllt

Die von der sozialistischen Fraktion des Sejm beantragte Aufhebung der Standgerichte wurde von der Regierungsmehrheit abgelehnt.

In der Begründung des Antrages gab der sozialistische Redner ein erschütterndes Bild von der Tätigkeit dieser Willkürgerichte und damit von den Zuständen unter dem tschechischen Willkürregime. Polen führe bereits den Weltrekord in vollstreckten Todesurteilen. 107 Personen seien durch die Standgerichte gehängt worden, darunter 16—17jährige junge Menschen. 74 zum Tode Verurteilte seien zu lebenslänglichen Kerker „begnadigt“ worden.

Eine interessante Ergänzung zu dieser Debatte bot eine Aussprache im Haushaltsausschuß über das Budget des Justizministeriums. Hier wurde festgestellt, daß alle 115 politischen Gefangnisse überfüllt sind und der Neubau von Gefängnissen, vor allem in den polnischen Ostgebieten, geplant ist.

Regierungskrise in Rumänien

Das Kabinett Maniu ist am Donnerstag nachmittags zurückgetreten. Der König hat die Demission angenommen.

Den äußeren Anlaß zu dieser Regierungskrise bildete der Kampf zwischen dem König und der Regierung um die von Maniu geforderte Abberufung des Bukarester Polizeipräsidenten und des Kommandeurs der Landesgendarmarie. In diesem Streit ist die Regierung unterlegen. Es ist vorläufig noch unbestimmt, wer mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden wird. Nationalparlamentarische Kreise rechnen mit einem neuen Kabinett Vaida Voevod ohne Titulescu, der wieder auf seinen Gesandtenposten nach London zurückkehren werde. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß der König den Rechtsradikalen und Liberalen um Bacu die Bildung der Regierung antragen wird. In diesem Falle würden die gesetzgebenden Körperschaften aufgelöst werden und im Februar wieder Neuwahlen stattfinden.

Vermischtes

Orkan in Kalifornien

In Süd-Kalifornien hat ein Orkan große Sturmchäden angerichtet. Von einigen im Hafen von St. Pedro liegenden Kriegsschiffen werden elf Matrosen vermißt, die wahrscheinlich durch den Orkan ins Meer gespült worden sind. Der durch den Orkan angerichtete Materialschaden wird auf mehrere Millionen Dollar geschätzt. Insgesamt sind nicht weniger als 130 Dampfer für mehrere Tage gestoppt worden. Außerdem sind zahlreiche kleinere Schiffe gesunken.

Die Gründe der französischen Schiffsbrände

Der Minister für die Handelsmarine, Meyer, ist am Mittwoch vor den Kammer- und Senatsausschüssen für die Handelsmarine erschienen und hat ihnen das Ergebnis der Untersuchung über die Brände auf dem „George Philippar“ und der „Atlantique“ mitgeteilt.

Der Brand auf dem „George Philippar“ soll nach dem Bericht der Untersuchungskommission auf die schlechte elektrische Einrichtung an Bord zurückzuführen sein. Die genaue Ursache des Brandes auf der „Atlantique“ konnte bisher nicht festgestellt werden. Die Untersuchungskommission hält zwei Gründe für möglich: entweder die Unvorsichtigkeit eines Besatzungsmitgliedes beim Transport von Matrasen in die Kabine, in der das Feuer ausgebrochen ist, oder Selbstentzündung der Matrasen. Auf beiden Dampfern hätte der Brand aber keine so große Ausdehnung angenommen, wenn nicht die innere Einrichtung der Schiffe aus zu viel brennbaren Materialien bestanden hätte. Infolgedessen hat der Minister angekündigt, daß er sowohl für neue als auch für die bereits im Betrieb befindlichen Schiffe umgehend Bestimmungen über einen besseren Schutz gegen Feuergefahr erlassen werde. Auf allen Schiffen sollen besondere Feuermannschaften gebildet werden, die unter dem Befehl eines Sicherheitsoffiziers stehen. Auf den Schiffen über 15 000 Tonnen sollen drei Berufsfeuerwehrleute angestellt werden. Die Holzteile der Wandverkleidungen und die Teppiche sollen gegen Feuer imprägniert werden. Die Funktionen sollen ganz aus Metall hergestellt und auf großen Schiffen zwei voneinander unabhängige Funktionen eingerichtet werden.

Französischer Amerikaflug

Zu einem Etappenflug nach Amerika ist gestern vormittag 10 Uhr von dem Pariserer Flugplatz Mitrans aus das dreimotorige französische Flugzeug „Arc-En-Ciel“ (Regenbogen) mit einer heftigen Besatzung unter Führung des bekannten Piloten Mermoz aufgestiegen. Die erste Etappe ist Casablanca, dann geht der Flug über den Senegal nach Natal und Brasilien weiter.

Ein Massenbrandstifter verurteilt

15 Jahre Zuchthaus für 41 Brände Das Münchener Schwurgericht verurteilte einen 46jährigen Angeklagten zu 15 Jahren Zuchthaus weil er seit Sommer 1931 in verschiedenen Stadtteilen Münchens nicht weniger als 41 Brände angelegt hatte.

„Kriegsgefangener Daubmann“

Beginn des Sensationsprozes gegen den Schneider Hummel aus Offenburg — Die Mutter, die zweimal ihren Sohn verlor — Patriotismus, Sentimentalität und Rassenuggestion ...

Am Donnerstag begann vor der Großen Strafkammer Freiburg im Breisgau die Verhandlung gegen den verheirateten 34-jährigen Schneider Karl Ignaz Hummel aus Offenburg, der im vorigen Jahre die Welt durch eine geradezu geniale Köpenickade getäuscht hat. Hummel war nach angeblich 16-jähriger Kriegsgefangenschaft, die er zur Genugtuung aller Nationalisten als aus französischem Sadismus erwachsenes Martyrium zu schildern mußte, als der seit dem Jahre 1915 vermählte Endinger Soldat Oskar Daubmann „aus Afrika“ zurückgekehrt. Er ließ sich trösten und feiern, machte aus seinem Unglück ein Geschäft — bis sich eines Tages herausstellte, daß „Daubmanns Erzählungen“ Phantasien eines raffinierten Schwindlers waren. Die Identifizierung war durch einen Fingerabdruck erfolgt. Aber das Gelächter, das in diesen Tagen der Entlarvung um die Welt ging, wurde erstickt durch das Mitleid mit dem Eltern des wirklichen Daubmann, denen der „Sohn“ jetzt zum zweitenmal genommen wurde.

„Kennen Sie mich noch?“

Die Anklageschrift legt Ignaz Hummel schwere Urkundenfälschung, erschwerten Betrug, sorgfältige falsche Namensführung und Verjährungsschwindel zur Last. Der Eröffnungsbeschluss ergibt, daß Hummel durch seinen Schwindel insgesamt 3000 Mark verdient hat; außerdem ließ er sich auf Kosten des Deutschen Reiches seine Zähne für 136 Mark erneuern. Zu Beginn der Verhandlung fragt der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Mayer,



Schneider Hummel

den Angeklagten: „Kennen Sie mich noch?“ Hummel verneint. Vorsitzender: „Ich habe doch jederzeit im Felde als Hauptmann die Gerichtsverhandlung geleitet, bei der Sie wegen unerlaubter Entfernung aus dem Felde, wegen Diebstahls und Urkundenfälschung zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden sind.“ Die Strafe ist damals nicht vollstreckt worden. Aber als der Angeklagte auch später sich wiederholt des Diebstahls schuldig machte, wurde er abermals vom Kriegsgericht Frankfurt zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach dem Krieg zog Hummel nach seiner Heimatstadt Basel, wo er bald wegen neuer Diebstähle ausgewiesen wurde. Das gleiche Vergehen brachte ihn dann in Deutschland wiederholt ins Gefängnis. Im Jahre 1931 machte er sich in Offenburg als Schneider selbständig.

Der gläubige Konsul

Im Mai 1932 ließ Hummel den Entschluß, in die Fremdenlegation einzutreten. Er meldete sich in Strassburg wurde aber abgewiesen. Nun fuhr er mit seinem Fahrrad nach Neapel. Vorl.: „Jetzt schreiben Sie den Brief an die Eltern Daubmanns nach Endingen? Wollen Sie behaupten, daß Ihnen erst in Italien der Gedanke gekommen ist, den wieder-gekehrten Daubmann zu spielen?“ Angekl.: „Jawohl.“ Man weiß aber aus den Feststellungen der Polizei, daß Daubmann vor seiner Reise nach Italien in Endingen war.) Vorl.: „Sie haben in dem Brief an die Eltern Oskar Daubmanns die Anrede „Geliebte Eltern“ gewählt und darum gebeten, daß man Ihnen an das deutsche Konsulat von Neapel den Taufschein Oskar Daubmanns und seine Geburtsurkunde schicken sollte. Warum haben Sie nicht um Geld?“ Angekl.: „Ich hoffte, mit meinen 50 Lire auszukommen.“ Vorl.: „Ach, reden Sie doch nicht. Sie wollten einfach keinen Verdacht aufkommen lassen.“ Angekl.: „— Vorl.: „Als Sie auf das Konsulat kamen, lag dort für Sie ein eingehaltener Brief?“ — Angekl.: „Jawohl, der kamnte vom Bürgermeister von Endingen. Er fragte mich, wo das Rathaus von Endingen liegt. Ich antwortete: am Marktplatz. Zweitens sollte ich wissen, was für eine Wirtschaft im Torle von Endingen ist. Ich antwortete: die Wirtschaft „Zur Sonne“. — Vorl.: „Dann markierten Sie einen Zusammenbruch, weil Sie sich gedacht haben, jetzt komme die Sache mit dem Taufschein, aber nicht wußten, wann Daubmann geboren ist.“ — Angekl.: „Jawohl. Nach dem Zusammenbruch schaffte man mich ins Krankenhaus und am Nachmittag bekam ich vom Konsulat einen Paß auf den Namen Daubmann. Man hatte Mitleid mit mir.“ Vorl.: „Man hat Ihnen alles geglaubt. Dabei haben Sie nicht einmal gemerkt, bei welchem Truppenteil der echte Daubmann gedient hat. Haben Sie auf dem Konsulat detaillierte Angaben über Ihre Flucht gemacht?“ — Angekl.: „Nein, ich hab mir ja erst in Freiburg eine Landkarte von Afrika gekauft, auf der die Namen standen.“

Ein verhängnisvoller Drangensplan

Vorsitzender: „Wenn man, wie Sie behaupten, sich nur Fahrgeld nach Deutschland besorgen will, dann braucht man doch nicht als Heimkehrer aufzutreten.“ Angeklagter: „Ich wollte an der deutschen Grenze ausbrechen. Am Bahnhof Chiasso sprach ein Herr über die teuren Drangenpreise. Als ich erwiderte, daß die Drangen in Italien billiger seien, jagte er plötzlich: Sie sind Daubmann. Ich dachte, es wäre ein Kriminalbeamter und bekam angst. Aber es war der Eisenbahnbeamte Schlageter aus Endingen. Das war mir nun erst recht peinlich, weil ich doch nicht gemerkt habe, bei welchem Regiment Daubmann gedient hat. Aber als mich Schlageter dann fragte, ob ich nicht von der 3. Kompanie der 11er wäre, da wußte ich's.“

Der Angeklagte führte weiter aus, wie er dann der Gefangene eines Schwindlers geworden sei. Schon in Luzern wurden ihm Blumen überreicht. In Basel haben ihn zwei Herren im Zylinder im Namen des badiischen Kriegerverbandes begrüßt. Er wollte „ausbrechen gehen und dabei entweichen, aber da sind die zwei Herren gleich mitgegangen“. In einem von der Reichsbahn gestellten Abteil erster Klasse fuhr Daubmann mit seinem Gefolge dann von Basel nach Freiburg weiter; auch ein letzter Fluchtversuch auf dem Bahnhof Mühlheim mißglückte. Beim Empfang in Freiburg wurde er ohnmächtig.

Die getäuschten Eltern

Bei Hummels nächsten Worten wird es ganz still im Zuhörerzimmer. „Als ich wieder zu mir kam, ist mir jemand um den Hals gefallen ... Frau Daubmann.“ Vorsitzender: „Sie sind dann in das Daubmannsche Haus eingezogen, man hat Ihnen einen Fadelzug gebracht und ganz Endingen war hell erleuchtet.“ — Angeklagter: „Jawohl, das hat gar kein Ende genommen.“ — Vorsitzender: „Jetzt konnten Sie nicht mehr entweichen.“ Angeklagter: „Nein. Am nächsten Tage wollte ich um fünf Uhr stehen und stand leise aus dem Bett auf. Da waren aber meine Sachen weg. Frau Daubmann hatte sie weggeholt. Sie ist dann an mein Bett gekommen und sagte, ich solle doch weiter schlafen ...“

Das Urteil

Der „letzte Heimkehrer“ und Betrüger Hummel wurde bereits am Donnerstagabend verurteilt. Gegen 20 Uhr verkündete das Gericht folgende Entscheidung:

Freiwillig im Gefängnis

Das Leben des Polizeipräsidenten Pierre Garron

In Paris ist im Alter von 85 Jahren der ehemalige Polizeipräsident einer französischen Provinzstadt, Pierre Garron, gestorben. Garron war einer der seltensten Polizeigewaltigen, die es je gegeben hat.

Im Amt war Garron ein pflichtbewusster und gewissenhafter Beamter gewesen. Aber in seinem Privatleben unterschied er sich seit je von seinen Kollegen. Während die anderen ihr erpartes Geld in Wertpapieren oder im Ankauf eines Hauses anlegten, verwendete Garron sein gesamtes Einkommen für Sammlungen. Er suchte und erwarb außer Dienst gestellte Fallbeile, Schwert, die im Mittelalter zu Hinrichtungen gebrauchten, und Folterinstrumente. Alles, was mit dem Strafvollzug zusammenhing, wußte Garron sich zu verschaffen. Als er vor zwanzig Jahren, kurz vor dem Kriege, pensioniert wurde und nach Paris zog, besaß er in seiner Wohnung ein komplettes kleines Gefängnis mit allem erdenklichen Komfort.

Seit Garron als pensionierter Beamter keine Rücksichten mehr zu nehmen brauchte, überließ er sich völlig seinen exzentrischen Launen. Er richtete sich ein Zimmer als Kerkerzelle ein und verbrachte darin Tag und Nacht. Den alten Diener, der ihn betreute, pflanzte er als Gefängniswärter aus. Jeden Abend schloß der „Wärter“ den „Sträfling“, der freiwillig in seiner Zelle lebte, hinter einer dicken Panzertür ein. Expolizeipräsident Garron schlief während der Nächte der letzten zwanzig Jahre ohne Ausnahme auf einer elenden Zuchtstube, die er vor langer Zeit einmal bei einer Versteigerung billig erstanden hatte. Die Fenster der „Zelle“ waren mit dicken Gittern versehen, so daß ein „Entkommen“ des „Sträflings“ unmöglich war. Jeden Monat einmal bekam Garron eine Art Wutanfall und unternahm einen „Ausbruchversuch“. Auch

Der Angeklagte wird wegen zwei Verbrechen des Betruges im Rückfall im rechtlichen Zusammenstoß mit einem Verbrechen der Urkundenfälschung und einem Verbrechen nach § 272 (Vergehen wegen falscher Namensannahme) zu einer Gesamtkraft von 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Zwei Monate Untersuchungshaft werden angerechnet. Gleichzeitig werden dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren abgesprochen.

Der Schatz im Walde

Zweitausend falsche Zweimarstücke von der Polizei ausgegraben. Beamte der Berliner Falschgeldstelle verhafteten gestern drei Mitglieder einer gefährlichen Falschmünzerverbande, die seit mehr als einem Jahr große Mengen gefälschter Zweimarstücke in Umlauf gebracht hatten. Der Führer der Bande, ein 27-jähriger Ingenieur namens Urban, ist geflüchtet. Die Falscher hatten sich im Norden Berlins in einem fast leerstehenden Fabrikgebäude die erste Etage im dritten Hof gemietet. Aus ihren Beständen ergab sich, daß sie mehr als zweitausend falsche Zweimarstücke in drei großen Konferenzbüchsen in Stahndorf und in Köpenick im Walde vergraben hatten. Dieser Schatz der Geldfälscher ist von der Polizei ausgegraben und beschlagnahmt worden.

50000 Mark gezogen

In der gestrigen Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie fielen auf die Nr. 33 325 50 090 Mark.

Straßentämpfe in Spanien

In Süd-Spanien kam es am Donnerstag in einem Ort bei Cadix zu wilden Straßentämpfen. Insgesamt wurden 28 Personen getötet und 35 verwundet. In zahlreichen Häusern wurden Waffen und Bomben gefunden. Die Toten zählen fast ausschließlich zu den anarchistischen Anführern.

367 Kriegerleichen geborgen

In der Gegend von Amiens sind 367 Leichen von Kriegesgefallenen gefunden worden. 49 Deutsche und 90 französische Kampfteilnehmer konnten identifiziert werden.

„Schmuggelte“ er sich eine Stahljäge in seine „Zelle“, um das Gitter zu durchdringen. Im passenden Augenblick mußte ihn dann der „Wärter“ überraschen und an eine mittelalterliche Kette festschließen. Am anderen Morgen war allerdings alles wieder vergessen, die Kette wurde wieder abgenommen. Der treue alte Diener, der die Rolle des Gefängniswärters zu spielen hatte, schüttelte wohl mehr als einmal den Kopf über die sonderbaren Launen, denen sein Herr, der frühere Polizeipräsident, verfallen war. Auch in den Kreisen der höheren Beamten von Paris nahm man Garron nicht mehr ganz ernst. Vor einigen Jahren jedoch trauerte Garron die Leute, die ihn für überpannt hielten, Lügen. Er kündigte eine Vortragsreihe über seine Erlebnisse als Polizeipräsident an. Was der damals schon über Achtzigjährige berichtete, war klar, einfach, interessant und verriet nicht eine Spur von der Wahrheit der Gerüchte, die besagten, daß es im Kopie des alten Polizeipräsidenten nicht ganz richtig sei. Garron plauderte von denkwürdigen Kriminalaffären und von Hinrichtungen berühmter Verbrecher, denen er als Zeuge beigewohnt hatte. Dabei betonte er besonders seine Gegnerschaft gegenüber der Todesstrafe, die den psychologischen Erziehungsmethoden des zwanzigsten Jahrhunderts unwürdig sei.

Nun ist der alte Sonderling, der seine Pension freiwillig in einer Zuchtstube verbrachte, dieser Tage gestorben. Nicht etwa auf seiner Brücke, wie er das wohl erträumt hatte, sondern im Krankenhaus. Die Pariser Blätter beschäftigen sich eingehend mit dem Leben des alten Herrn, das interessant Stoff zu einem psychoanalytischen Roman liefern könnte. Ueber das Schicksal der berühmten Schauerjagd des Polizeipräsidenten ist noch nichts entschieden. Wahrscheinlich werden die Erben sie einem Kriminalmuseum zur Verfügung stellen.

Gambo und Jocko eine lustige Löwengeschichte

Von G. H. Koiman



101. Einige Straßen weiter steht, am Marktplatz, der Heinrich Schmitzbohne bei seinem Gemüßewagen, verlangend etwas zu verkaufen. Achtung, Jungens, da kommt Jocko! Begehrlich schaut er, hinter einem Pfälzchen verborgen, zu. Ach, er möchte doch so gern einen schönen Apfel haben! Da entdeckt er plötzlich einen Faden, der von Heinrichs Wolljade herabhängt! Offenbar ist ein Strohgeraten. Vorsichtig schleicht Jocko herbei. Ein kleiner Kuck — noch ein Kuck ... der Faden wird immer länger!

102. Das ist ja ein herrliches Spiel! Lieblich erklingen mittlerweile die Töne einer Drehorgel. Immer rund geht die Kurbel ... Da kehrt der Orgelmann beim Drehen Jocko den Rücken zu, und von dieser günstigen Gelegenheit Gebrauch machend, bindet dieser schnell den Faden an die Kurbel der Orgel und schaut interessiert zu, wie der Faden allmählich zu einem Knäuel aufgerollt wird.

Proleton
 Gabitzstraße 20 Tonkimbäsko Hefchenstraße 49
 Ab Freitag bis Donnerstag, 19. Jan.
 In deutscher Sprache
Das Ende von Maradu
 Eine phantast. Erzählung a. d. Urwäldern Borneos.
 Abenteuer! Sensation! Liebo!
Brigitte Helm, Rud. Forster
Die Gräfin von Monte Christo
 Dieses moderne Monte Christo-Märchen ... mit einer Kette plausibler Einfälle mit Witz und Spannung gehört zu den besten Filmen.
 Täglich 4.30 Uhr, gegen 6 Uhr und 8.45 Uhr
 Preise Erwachsene ab 30 Pf. wochentags
 Sonntag 2.30 Uhr - Große Kinder- u. Familien-Vorstellung. 20 - 30 Pf.

Die Sehnsucht des deutschen Kapitalismus: „Privatwirtschaft in geläuterter Form“

Dr. Luther, Präsident der deutschen Reichsbank, macht Hoffnung auf Wirtschaftsbelebung und sichtet im Namen des „Geistes“ gegen die „Ankontrettheit“ planwirtschaftlicher Vorstellungen Vortrag vor der Breslauer Industrie- und Handelskammer

Im Rahmen einer Vortragsveranstaltung, zu der Industrieverbände und Industrie- und Handelskammer gemeinsam eingeladen hatten, sprach am Donnerstagabend im großen Saal der Industrie- und Handelskammer Reichsbankpräsident Dr. Luther. Das Thema hieß: „Wirtschaftsfragen der Gegenwart.“ Man darf zusammenfassend und das Referat im ganzen nehmend, vorweg bemerken: Herrn Luthers Darlegungen waren richtungweisend für die Wirtschaft, auf die sich die „reilkapitalistische“ Gruppe in Deutschland festgelegt hat. Vorsichtig in der Tonart auch gegenüber sozialen Erfordernissen, beispielsweise in der Arbeitsbeschaffung, maßvoll geschickt und doch bestimmt in der Vertretung nationaler Interessen der deutschen Gesamtwirtschaft gegenüber der Welt, entschieden aber zur Sammlung blasend für alle Lager der Privatwirtschaft und leicht ironisch ausfällig gegen die Anhänger planmäßiger Umformung der deutschen Wirtschaft: das war wohl der Tenor, auf den sich der Präsident der Deutschen Reichsbank bei seiner geistigen Anwesenheit in Breslau abgestimmt hatte. Herr Luther hat sich mit seinen Ausführungen in Breslau in den Augen der ganzen werktätigen Bevölkerung Deutschlands zum eigentlichen Sprecher des sogenannten „Nationalkapitalismus“ gemacht.

Nach der Feststellung, daß es heute unnützlich, überflüssig und unzulässig sei, noch viel von Nahrung und ihrer Sicherheit zu sprechen, begann der Reichsbankpräsident mit einer Rückschau auf die finanzpolitische Entwicklung des Reiches seit den Tagen des französischen Kabinetts. Die Politik der Reichsregierungen und der Reichsbank sei seitdem gewissermaßen die Politik eines ehrbaren Kaufmanns gewesen. Der Geist einer solchen politischen Haltung habe sich auch bei Behandlung der internationalen Wirtschafts- und Finanzproblemen als förderlich und vorteilhaft für alle erwiesen. Die von ihm aufgeworfene Frage, ob man das hereinströmende ausländische Kredit nach Abschluß des Versessens weniger rigoros hätte kontrollieren sollen, verneinte Dr. Luther beifällig. Als ich damals als Reichsfinanzminister die Beratungsstelle für Auslandsanleihen leitete, hatte ich den Artikel 48 und die Vermittlung auf meiner Seite.

Deutschland hat seit Mitte 1930 bis zum heutigen Tage mehr als sieben Milliarden an das Ausland zurückgezahlt. Das ist wahrlich allerschwer. Man muß dem Reichsbankpräsidenten Recht geben, wenn er betont, daß diese Lastjahren fürler noch als schon gegeben in das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit gerückt werden sollte. Im Hinblick auf seine Verhuldung habe das Reich seine Lage seit Anfang der Krise wesentlich verbessert. Der ehrbare Kaufmann Deutschland habe gewissenhaft versucht, alle Rechnungen, die ihm beim Auslands-Kon und beim Inlands-Kon auf die Banken präsentiert wurden, ordnungsmäßig zu begleichen. Wo sich die ausländischen Gläubiger an den Verhandlungsstisch hätten bringen lassen, habe man mit ihnen verhandelt. Das Ergebnis waren die Stillhalteabmachungen. „Es gibt auf der ganzen Welt“, bemerkte der Reichsbankpräsident in diesem Zusammenhang, „keine Wirtschaft, die imstande wäre, alle ihre kurzfristigen Anleihen auf einmal zurückzahlen.“ Man habe uns die Zinsen für kurzfristige Anleihen ermäßigt und damit beifördernd für die Senkung der internationalen Zinsen überhand gewirkt. Die Reichsbank werde ihren Diskontsatz unter 4 Prozent herabsetzen, sobald es die Verhältnisse irgendwo gestatten. Deutschland werde auch für die Zukunft seine Zinsen zahlen; das entzöge der kaufmännischen Linie seiner Politik. Das Ziel Deutschlands bleibe eine Konsolidierung seiner kurzfristigen Anleihen. „Wir müssen uns bemühen, die unumgänglichen, kurzfristigen Schulden in unempfindliche, langfristige umzuwandeln.“ Die Hemmnisse des internationalen Handels würden sich nicht von heute auf morgen durch einen Wunderakt beseitigen lassen. Eine grundsätzliche geistige Wendung in den politischen Fragen und monetären Sicherheiten in der gesamten Weltwirtschaft seien die Voraussetzungen der Wiederbelebung des Handels.

In angelegter der Schlussfolgerungen des Redners immerhin merkwürdiger Begeisterung glaubte der Reichsbankpräsident hervorzuheben zu müssen, daß die Finanzen der öffentlichen Hand vor neuen schweren Belastungen stehen. Die in großem Umfange geplante Arbeitsbeschaffung werde gerade jetzt, wo es auf eine Senkung der Steuern ankomme, zu einer ersten Belastung aller öffentlichen Haushalte führen. Man solle sich doch darüber im Klaren sein, daß durch die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen der öffentlichen Hand das Ausmaß der kommenden Konjunktur eingeschränkt werde. Wenn die Reichsbank dennoch bei dem großen Werk der Arbeitsbeschaffung Hülfsleistung gewähre, so in der Hauptsache mit Rücksicht auf unsere politische und soziale Lage! Der Übergang der internationalen Wirtschaft, erklärte der Reichsbankpräsident durchaus optimistisch, sei auf dem Punkt einer gewissen Beruhigung angelangt. Der Schrumpfungsvorgang komme zum Stillstand. Unser materielles Weltbild beginne sich zum Günstigen zu wenden. Die künftige Entwicklung sei gegenwärtig nicht mehr so unübersichtlich wie noch vor einem Jahre.

Den letzten Teil seines Vortrages hielt Dr. Luther unter den Gesichtspunkt folgender Frage: Können wir weiterhin in der Privatwirtschaft verharren? Es sei nicht ersichtlich, unter welchen grundsätzlichen Erwägungen die Anwendung von der Privatwirtschaft erfolgen solle. Die Vorstellungen der planwirtschaftlichen Romantiker seien nicht konkret fassbar. Auch im binnensiedelnden und agrarischen Aufbau habe man noch keine wirklichen planwirtschaftlichen Lösungen gefunden. Planwirtschaftlicher Umbau würde in Deutschland, das in starkem Umfang auf Verkauf ins Ausland angewiesen sei, zu einer Verschlechterung der allgemeinen Lebenshaltung führen. Die heute in Deutschland existierenden planwirtschaftlichen Gedanken müßten aus der Krisenlage verstanden werden. Der wirtschaftliche Vorrang könne nur auf dem alten bewährten Wege der Privatwirtschaft erfolgen. (Schluß am Stein der Weisen! Red.) Wir können nur wieder aufbauen auf dem eigenen Risiko, auf der eigenen Initiative. Privatwirtschaft muß wieder eine Angelegenheit der geistigen Einstellung aller wirtschaftenden Menschen werden. Die Stunde ist gekommen, in der alle Kraft eingesetzt wird, daß Privatwirtschaftliches Rollen und privatwirtschaftlicher Geist in einer geläuterter Form sich an die Spitze der neuen Entwicklung stellt.

Herr Dr. Luther hat gestern abend in Breslau das Schlusswort gegeben, unter dem sich die bevorstehenden schweren wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland ab-

spielen werden. Wir wissen jetzt, wie das Reklameideal der deutschen kapitalistischen Klasse aussieht: Privatkapitalismus in geläuterter Form. Ganz frisch ist der Gedanke ja nicht, und Zugkraft wird er auch kaum besitzen. Es muß doch schon mies um die vom Reichsbankpräsidenten einer faunenden Mitwelt angekündigte Wiedergeburt des Kapitalismus bestellt sein, wenn sich dafür keine hingebende Phrasen finden läßt als diese hier. Die deutschen Arbeitermassen werden jedenfalls bald Gelegenheit haben, an ihren Leibern zu spüren, welche Bewandnis es mit der vor dem letzten Publikum einer Industrie- und Handelskammer als geistige Angelegenheit ausgegebene Läuterung der Privatwirtschaft hat. Das neue schillernde Mäntelchen wird sie über die wahre Beschaffenheit des Klassenfeindes nicht hinwegtäuschen.

Schiedspruch im ober-schlesischen Baugewerbe

1 Pfennig Lohnkürzung im Industriegebiet

Hindenburg. Am Dienstag, 10. Januar, traten in Oppeln die Organisationen des ober-schlesischen Baugewerbes zu Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen zusammen. Die Unternehmervertreter beharrten, wie schon in den Vorverhandlungen, auf einer Lohnkürzung von 18 bis 23 Prozent. Die Vertreter der Arbeiterorganisationen beantragten demgegenüber die Verlängerung der bisherigen Löhne bis zum Ablauf des Reichstagsparlamentes. Nachdem eine Einigung zwischen den Vertragsparteien nicht zustandekam, trat die freiwillig eingesetzte Schlichtungskommission unter dem Vorsitz des bisherigen Vorsitzenden des Tarifamtes für das Baugewerbe Ober-

Dürrkirchener Dockarbeiterstreik beendet

Der Dockarbeiter-Streik in Dürrkirchen ist heute beendet worden und zwar auf Grund eines Vergleichsvorschlags, den den Bürgermeistern von Dürrkirchen und der umliegenden Schichten den Arbeitgebern und den Dockarbeitern unterbreitet und am Donnerstag von beiden Parteien angenommen wurde. Danach wird den Dockarbeitern bis zum 31. März Tageslohn von 6,50 Mark und später ein solcher von 6,10 bis zur Festlegung eines neuen Index für die Lebenshaltung ausgezahlt.

In Le Havre ist ein neuer Konflikt mit den Dockarbeitern ausgebrochen. Der Arbeitgeberverband hat am Donnerstag geschlossen, die Dockarbeiter bis auf weiteres auszusperrt, die festgesetzt haben will, daß die Dockarbeiter nach Beendigung des Streikes am 30. Dezember systematisch Sabotageakte ausgeführt haben.

Vom polnischen Staatshaushalt

Das Monatsdefizit des polnischen Staatshaushaltes November v. J. beziffert sich mit 10,3 Millionen Zloty. Die Ausgaben betragen 175,8 Millionen — 12,2 Millionen weniger im Vormonat und auch weniger als die Einnahmen im Oktober die sich auf 177,7 Millionen bezifferten. Im November sind auch die Einnahmen auf 185,5 Millionen zurückgegangen. Gesamtdesizit für die ersten acht Monate des Staatsjahres 1932 beträgt 141,5 Millionen Zloty.

Der Großhandelsindex ist in der ersten Januarwoche gegenüber dem letzten Dezember um 0,3 Prozent auf 91,3, von 1913 = 100 gesenkt, zurückgegangen. Für den Durchschnitt des Monats Dezember ergibt sich die Indexziffer von 92,4, 1,6 Prozent weniger als im Monat November.

schlesiens, Landgerichtsdirektor Runge in Oppeln zusammen, eingehenden längerer Beratungen wurde gegen Mitternacht gendler Schiedspruch gefällt:

Im ober-schlesischen Industriegebiet und in den Städten Oppeln und Reiche werden die Stundenlöhne in Gruppen um je einen Pfennig gesenkt. In den übrigen Gebieten tritt eine Kürzung um drei Pfennige ein.

Die Löhne der Tiefschwarzarbeiter bleiben in ihrer bisherigen Höhe bestehen. Die Erklärungsfrist über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches läuft bis zum 16. Januar.

Preise und Löhne

Eine Darstellung der Reichskreditgesellschaft

Die dem Reich gehörende Reichskreditgesellschaft, deren Veröffentlichungen über die Wirtschaftsentwicklung immer große Beachtung finden, weist in einem Rückblick auf das verlossene Jahr darauf hin, daß mit dem Laujaner Abkommen der Anfang gemacht worden ist, die politischen Zahlungen zu beseitigen, die einen großen Anteil an der Entzündung und Verschärfung der Krise hatten. Je länger die Länder zögern, diesem ersten Schritt weitere, zur Beseitigung der politischen Spannungen notwendige Schritte folgen zu lassen, umso mehr werden sie eine Besserung der wirtschaftlichen Lage aufhalten.“ Daneben legt die Veröffentlichung der Reichskreditgesellschaft großen Wert auf die Beseitigung der Störungen zwischen der Produktion und der Kaufkraft, zwischen der Produktion und der Kaufkraft, zwischen der Produktion und der Kaufkraft. Das Institut jagt glatt heraus, daß das gegenwärtige Einkommen der breiten Bevölkerung dem produktions-technischen Stand der Wirtschaft nicht entspricht. Durch Verbilligung der Waren muß der Kreis erweitert werden, der Waren kaufen kann. Die Parole lautet also: „Kaufkraftstärkung“

Nach den Ausführungen der Reichskreditgesellschaft „haben die in den vergangenen Jahren, insbesondere in der Periode von 1925 bis 1928, in den meisten Ländern unternommenen Versuche, die Preise wichtiger Waren trotz wachsender Erzeugung und sich verminderer Kosten hochzubehalten oder gar zu steigern, zu der Verschärfung der Krise in den darauf folgenden Jahren erheblich beigetragen, ein Missverhältnis zwischen Erzeugung und Kaufkraft herbeizuführen.“ Die Erfahrungen hätten Lehren gelehrt, daß Produktionsfortschritte, die dazu führen, den Wollern Gütern in vermehrtem Umfange und in erhöhter Qualität zur Verfügung zu stellen, mit einem zumindest verhältnismäßigem Sinken der Preise der mit billigeren Kosten und in größerem Umfange als vordem herzustellenden Waren verknüpft sein müssen. Jeder Versuch, in einer solchen Wirtschaft Preisveränderungen zu verhindern, sei von vornherein aussichtslos, auch wenn es eine Zeit gelinot, die Verschiebungen zu verkleinern und zu verlangsamen. Alle Anstrengungen müßten auf die Dauer vergebens sein, würden jedoch in diesem Umfange darauf gerichtet, die Unternehmungen widerstandsfähiger gegenüber den Folgen von Preischwankungen zu machen, reiche Früchte tragen. Preisverhinderungen, als Folge von Produktionsfortschritten erlebter, da deren, indem sie den Kreis der aufnahmefähigen Käufer erweitern, also die Kaufkraft stärken, eine zweckmäßige Ausnutzung der Anlagen.

In Grunde genommen wird hier nur das gesagt, was Sozialdemokratie und Gewerkschaften gegenüber der Nationalregierung die erst fektionalisierung wurde, weil sie keine Preisverbilligung und keine Stärkung der Kaufkraft brachte, schon immer daselbst haben. Der brutale Lohnabbau hat die Folgen der fektionalisierung verheerend. Die gegenwärtige Lage ist in Deutschland die erste auf ein Verfallstadium der Preise hinausläßt, nach in dieselbe Richtung wirksamer als der Krise neue Schärfe geben.

Neuerdings interessant sind in dem Konjunkturrückblick der Reichskreditgesellschaft die aufgezählten Parallelen zwischen Lohn und Preis.

Während die Löhne auch im vierten Vierteljahr 1932 weiter gesunken sind, hat sich der Wert der Preise verlangsamt; er ist auf sieben Stellen zum Stillstand gekommen.

Preisstand und Lohn stehen nicht mehr in einem tragbaren Verhältnis, wobei die gestiegene Arbeitsleistung unberücksichtigt bleiben kann. Soweit sind die Dinge gediehen. Die Reichskreditgesellschaft geht von dem Index der Großhandelspreise aus und stellt fest, daß die Ermäßigung des Preisniveaus im zweiten Halbjahr 1932 nur gering gewesen ist. Die Preise liegen etwa zwei Prozent unter dem Stand von 1913, während sie in der ersten Jahreshälfte 1932 noch fünf bis sechs Prozent über und in der zweiten Jahreshälfte 1931 um zehn Prozent darunter bewegt hatten.“ Bei dem gegenwärtigen Preisstand allerdings das Preisniveau des Jahres 1913, das allerdings ein Jahr verhältnismäßiger Teuerung gewesen ist, unterhalb deshalb keinen Maßstab der Vorkriegszeit darstellt, unterschritten. Der Durchschnittsstand der letzten 13 Vorkriegsjahre aber werde noch um vier Prozent überschritten. Noch schlimmer sind die Verhältnisse für die Kleinhandelspreise, die wir ja durch den Teuerungsindeks messen. Die Reichskreditgesellschaft weist darauf hin, daß die Kosten der Lebenshaltung (Teuerungsindeks) erheblich langsamer als die Großhandelspreise gesunken seien. Dazu hätten die verhältnismäßig starken — künstlich hochgehaltenen Kosten für Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Verkehrsbedarf erheblich getragen. Aber auch die Kosten für Ernährung und Kleidung lägen noch immer über Vorkriegeshöhe, obwohl die Kosten für Lebensmittel und für Rohstoffe der Bekleidung schon seit längerer Zeit nicht unbeträchtlich unter Vorkriegeshöhe gesunken seien.

Es wird die allerhöchste Zeit, daß sich die amtliche Wirtschaftspolitik aufgrund der wissenschaftlichen Feststellungen nach Richtung einer Anturbelung der Wirtschaft durch systematische Stärkung der Kaufkraft orientiert. Die gegenwärtige Regierung hält, daran ändert das öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramm gar nichts, an dem Papenschen Anturbelungsplan fest. Der Papensche Anturbelungsplan hoffte aber auf eine Belebung der europäischen Wirtschaft infolge der Verbesserungen und der Preishaufen auf den großen Rohstoffmärkten. Die Preishaufen auf den Weltwarenmärkten, die Mitte des Jahres 1932 die große optimistische Welle erzeugten, sind gründlich verpufft. Zuguterletzt, weil die im Preis gestiegenen Waren von den letzten, in seiner Kaufkraft arg geschwächten Verbraucher nicht aufgenommen werden konnten. Das ist die Lage zu Anfang des neuen Wirtschaftsjahres. Will man nicht in einer jahrelangen Depression völlig verfallen, dann muß endlich der Versuch unternommen werden, die Wirtschaft von der Kaufkraftseite d. h. durch Steigerung der Löhne und Gehälter anzukurbeln. Nur so können die Störungen zwischen Produktionsfähigkeit und Kaufkraft beseitigt werden. Diese Störung ist aber die allerwichtigste und folgenschwerste. Alle anderen Störungen in der internationalen und nationalen Wirtschaft, die immer wieder aufgeführt werden, so die Währungsverschlechterung, die Disparitätsperrung, der Zollprotektionismus, die Frage der internationalen Schulden usw., werden sich viel leichter in einer Wirtschaft lösen lassen, die Erholungsmerkmale zeigt. Ja, wir möchten sogar behaupten, daß die Wirtschaftsanturbelung diese Probleme zum größten Teil beseitigen würde.